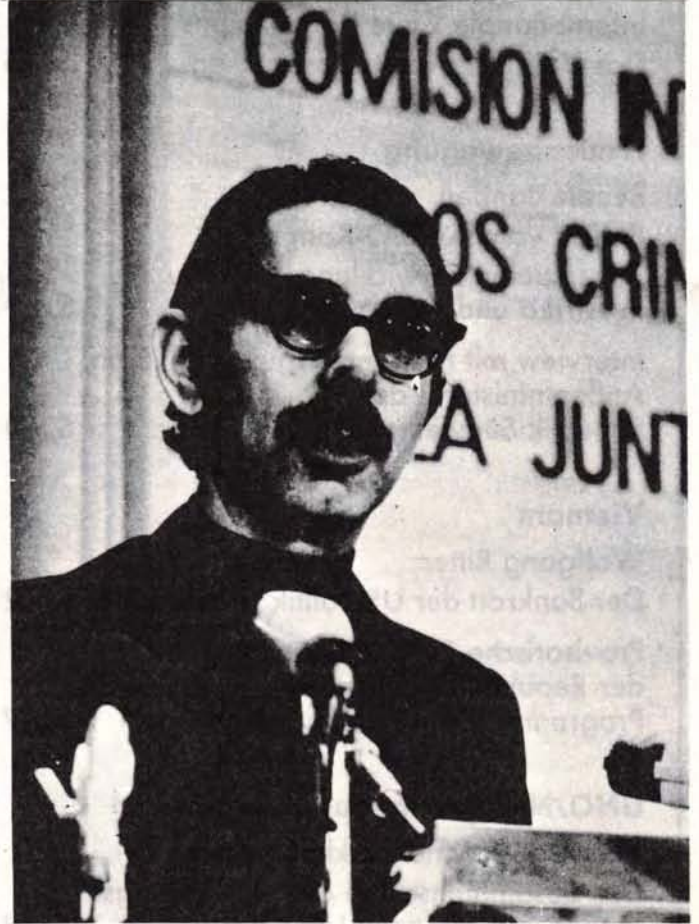




# Antiimperialistisches Informationsbulletin

Informationen über antiimperialistische Bewegungen Asiens, Afrikas und Lateinamerikas 1,50 DM



## VIETNAM CHILE SOLIDARITÄT

- Interview mit Madame Binh
- Einschätzung der Entwicklung in Indochina
- Programm für ein neues Leben in Südvietnam
- Zusammenschluß der Entwicklungsländer und die Ökonomische Charta der UNO

- Internationale Chile-Kommission: Analogien des deutschen und chilenischen Faschismus
- Verwendung der "Ölmilliarden" in Saudi Arabien und dem Iran
- Bericht von afro-asiatischer Frauenkonferenz in Kairo

Nr.4/1975



## Inhaltsverzeichnis

### AIB-Aktuell

Gemeinsam gegen den Faschismus -  
Freiheit für Chile S. 3 / 4

### Chile

Internationale Chile-Kommission:  
Das Urteil ist bereits gesprochen S. 5 - 8

### Frauenbewegung

Renate Janßen  
Bericht vom AAPSO-Kongreß:  
Zur sozialen Entwicklung der Frau  
in Afrika und Asien S. 9 / 10

Interview mit Madame Nguyen Thi Binh,  
Außenministerin der  
Republik Südvietnam S. 10 / 11

### Vietnam

Wolfgang Ritter  
Der Bankrott der US-Politik in Indochina S. 12 - 16

Provisorische Revolutionäre Regierung  
der Republik Südvietnam  
Programm für ein neues Leben S. 17

### UNO/Nichtpaktgebundene Länder

Wolfram Brönner, Eckhard Probst  
Der Zusammenschluß der Entwicklungs-  
länder und die neue UN-Charta S. 18 - 21

XXIX. UN-Vollversammlung  
Charta der ökonomischen Rechte und  
Pflichten der Staaten S. 22 - 24

### Erdöl

Naim el Ashhab  
Die "Ölmilliarden" - zwei Wege ihrer  
Verwendung (2. Teil) S. 25 - 29

### Kurzinformation

Iran/Irak, Naher Osten, Brasilien,  
AIB-Fragebogenaktion  
Aufruf der Hilfsaktion Vietnam S. 30 / 31

## IMPRESSUM:

Antiimperialistisches Informationsbulletin  
Erscheint in der Weltkreis-Verlags GmbH,  
46 Dortmund

Herausgeber: Wilhelm Breuer, Jutta von Freyberg,  
Wolfgang Gehrcke, Bernd Hartmann, Georg Kwiatowski,  
Herbert Lederer, Steffen Lehndorff, Rolf J. Priemer,  
Barbara Schilling, Gabriele Sprigath, Kurt Steinhaus,  
Christel Streubel, Frank Werkmeister, Erich Wulff.

Redaktionskollektiv: Gabi Brönner (presserechtlich  
verantwortlich), Wolfram Brönner, Jutta von Frey-  
berg, Barbara Schilling, Frank Werkmeister.

Anschrift der Redaktion: 355 Marburg/L.,  
Liebigstr. 46, Tel. 0 64 21 / 2 46 72.

Postscheckkonto 312093-607 Psc.A Frankfurt/M.,  
Weltkreis Verlag, Sonderkonto AIB,  
46 Dortmund, Brüderweg 16.

Erscheinungsweise: monatlich

Abdruck bei Quellenangabe und Zusendung  
von 2 Belegexemplaren gestattet.

Druck: W. J. Becker, Marburg

Neben Herausgebern und Redaktionsmitgliedern  
beteiligten sich an der Arbeit für diese Nummer:  
P. Dietzel, D. Fendt, O. Jäckel, R. Janßen,  
Th. Kröter, E. Probst, G. Ritter, W. Ritter,  
B. Schwiening.

Redaktionsschluß dieser Nummer: 18. April 1975

Bitte beachten Sie unsere Anzeigen und Beilagen:

- Aufruf des Antiimperialistischen Solidaritäts-  
komitees: Gemeinsam gegen den Faschismus -  
Freiheit für Chile!
- Erklärung und Aufruf zur Hilfe der  
Hilfsaktion Vietnam e. V.
- Portugal-Poster; herausgegeben von der  
Zeitschrift elan
- Schallplatte: Dieser chilenische Sommer war süß;  
herausgegeben von der Naturfreundejugend  
Deutschlands

## Bestellung

Antiimperialistisches Informationsbulletin

Einzelpreis: 1,50 DM

Jahresabonnement: 15,00 DM einschl. Porto

Bei Abnahme von mehr als 10 Exemplaren  
33% Ermäßigung

Bestellungen an:

Antiimperialistisches Informationsbulletin,  
355 Marburg/L., Liebigstr. 46, Tel. 06421/24672.  
Postscheckkonto 312093-607 Psc.A Frankfurt/M.  
Weltkreis Verlag, Sonderkonto AIB,  
46 Dortmund, Brüderweg 16.



## Gemeinsam gegen den Faschismus— Freiheit für Chile!

18 Monate nach dem Sturz der rechtmäßigen Regierung Allende steht die chilenische Militärjunta vor einer nahezu ausweglosen Situation, hat sie das Land in den wirtschaftlichen Ruin getrieben. Allein in den ersten Monaten d.J. stieg die Inflationsrate bereits um 32,8%. Das Defizit der Handelsbilanz erreichte die Höhe von 1,2 Mrd. Dollar.

### Neue Zeichen des Widerstandes

Im Lande selbst erweitert sich indes die Basis des antifaschistischen Widerstandes.

So gaben Mitte März 1975 patriotische Offiziere der chilenischen Armee ihren Zusammenschluß der Öffentlichkeit bekannt und riefen in einem Appell dazu auf:

"Vereint werden wir für die Wiederherstellung der Demokratie, für die Rückkehr zu einem verfassungsmäßigen Regime, für die Organisation freier Wahlen und dafür kämpfen, daß Terror und Verfolgung eingestellt werden."

Von dem unbeugsamen Widerstand des chilenischen Volkes berichtete auch Laura Allende, die Schwester des ermordeten chilenischen Präsidenten, nach ihrer erzwungenen Freilassung:

"Trotz des Terrors gelingt es der Junta nicht, den Widerstand der chilenischen Patrioten zu brechen. Die linken Parteien wirken unter den Massen, auf den Straßen erscheinen Flugblätter und Plakate gegen die Junta. Die Faschisten werden auf Schritt und Tritt mit Bekundungen des Protestes konfrontiert."

Auf ihre wachsende Isolierung in Chile antwortet die Junta mit Terror, Verfolgung und Mord - ihrer fortschreitenden internationalen Isolierung versucht sie durch die verzweifelte Suche nach Bundesgenossen zu begegnen. Sie fand in dem entwicklungspolitischen Spre-

cher der CDU und Bundestagsabgeordneten, Jürgen Gerhard Todenhöfer, einen eifrigen Fürsprecher und Verfechter, der sich nach seiner Rückkehr nachdrücklich für die Unterstützung der Junta durch einen 45-Millionen-Kredit aussprach.

### Vertagung der Umschuldungsverhandlungen - Demonstrationsaufruf des ASK zum 10. Mai

Doch immer breiter wird die internationale Front der Kräfte, die die Junta wegen ihrer Verbrechen verurteilen und sich aktiv für ihren Sturz einsetzen. Besonders deutlich wurde dies angesichts der Ende März 1975 angesetzten Verhandlungen zwischen Chile und seinen Gläubigerländern, wo die chilenische Junta einen Zahlungsaufschub für ihre knapp 310 Mio. Dollar Schulden zu erreichen suchte. Doch der Widerstand der Solidaritätsbewegung, die scharfen Proteste z.B. des Weltverbandes der Arbeitnehmer (WVA) und die klaren Aussagen einzelner Gläubigerländer wie Italien, der Niederlande oder Großbritanniens, der Junta keinen Aufschub mehr zu gewähren, bewirkten, daß die Verhandlungen verschoben werden mußten.

In einer gemeinsamen Erklärung der Sozialistischen und Kommunistischen Partei Chiles vom 2. April d.J. heißt es dazu:

"Die Tatsache, daß der "Club de Paris" auf Beschluß der Mehrheit der Gläubigerländer Chiles seine für März vorgesehene Tagung abgesagt hat, bei der auf Bitten der Junta über einen Aufschub bei der Rückzahlung verhandelt werden sollte, zeigt deutlich, daß die Junta auch von den regierenden und Finanzkreisen der Mehrheit der Länder Westeuropas abgelehnt wird und ist ein untrügerisches Zeichen dafür, daß die faschistische Junta für die internationale Gemeinschaft nicht akzeptabel ist."

**Frankfurt/Main, 10. Mai 1975**

**10.30 Demonstration ab Opernplatz**

**12.00 Kundgebung Römerberg**



Von der BRD-Regierung, die Hauptgläubiger der chilenischen Junta ist, war jedoch kein Wort der Ablehnung zu hören. Ganz im Gegenteil hat es einmal mehr den Anschein, als ob Regierung und Konzernherren für die chilenischen Faschisten in die Bresche springen wollten:

21 Mio DM gewährte die Bundesregierung zu Anfang dieses Jahres der Junta als nicht rückzahlbare Finanzhilfe; 40 Mio DM schrieb sie ihr außerdem gut.

Anfang April nun stellte die Bundesregierung der Junta einen erneuten Kredit in Höhe von 21,3 Mio DM zur Verfügung.

Laut Handelsblatt vom 26.3.1975 beteiligt sich die Deutsch-Südamerika Bank an der im Dezember 1974 gegründeten chilenischen "Banco Unido de Formento".

Außer seinem profitablen Geschäft mit chilenischem Kupfer will der Metall-Konzern Degussa jetzt 35,5 Mio Dollar in Chile investieren.

Das größte Projekt aber ist der geplante Bau eines LKW-Werkes in Chile im Werte von 250 Mio DM durch die Daimler-Benz-AG.

Bezeichnenderweise sind gerade diejenigen

Kräfte in der BRD, die, wie z.B. der Vorsitzende des Bundes Deutscher Arbeitgeber (BDA), Vorstandsmitglied der Daimler Benz-AG und frühere SS-Mann, Hanns Martin Schleyer, früher zu den Stützen des deutschen Faschismus zählten, heute die eifrigsten Helfer der faschistischen Junta in Chile.

Eben diesen Zusammenhang betont das Antiimperialistische Solidaritätskomitee (ASK) in seinem Aufruf "Gemeinsam gegen den Faschismus - Freiheit für Chile" anlässlich des 30. Jahrestages der Befreiung von Faschismus und Krieg, mit dem das ASK zur Teilnahme an der zentralen Demonstration am 10. Mai 1975 in Frankfurt aufruft:

"Gerade die leidvollen Erfahrungen unserer eigenen Geschichte und die gemeinsame Gegnerschaft zu den imperialistischen Konzernen und ihren Sachwaltern verpflichten uns in besonderem Maße, dem chilenischen Volk in antifaschistischer Solidarität beizustehen. Denn die Unterstützung seines Kampfes ist zugleich Beitrag im Ringen um mehr Demokratie und die Sicherung des Friedens in unserem eigenen Land."

## Chile

Vom 18. bis 21. Februar 1975 fand in Mexico City, der Hauptstadt Mexikos, die 3. Sitzung der Internationalen Kommission zur Untersuchung der Verbrechen der Militärjunta in Chile statt. Seit seiner Gründung im März 1974 in Helsinki hat es sich dieses internationale Expertengremium zur Aufgabe gemacht, die Weltöffentlichkeit über die Situation in dem Andenlande zu informieren.

Auf dieser jüngsten Tagung in Mexico City, an der 130 Persönlichkeiten aus 35 Ländern teilnahmen, konnte aufgrund des immensen Beweismaterials eindeutig festgestellt werden, daß sich das Wesen und die Rolle der Militärjunta in Chile nicht verändert hat. Die Kommission appelliert darum erneut an

die Weltöffentlichkeit, mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln mitzuhelfen, dem faschistischen Terror in Chile ein Ende zu setzen.

In einem offenen Brief ruft die Kommission alle Regierungen auf:

- jede Form der Unterstützung der Junta sofort zu beenden;
- alle diplomatischen und politischen Beziehungen zu Chile abzubrechen;
- die zugegebene Einmischung in die inneren Angelegenheiten Chiles durch verschiedene Institutionen und Agenturen der Vereinigten Staaten zu verurteilen;
- das chilenische Volk in seinem Kampf, die demokratischen Rechte und die legitime Regierung wiederherzustellen, aktiv zu unterstützen;
- die Junta zu zwingen, die Folterungen und den Terror einzustellen, alle politischen Gefangenen freizulassen, alle Konzentrationslager zu schließen und den Belagerungszustand aufzuheben;
- die Junta mit allen anderen Mitteln zu isolieren.

Prof. Dr. Friedrich Karl Kaul, Vizepräsident der Internationalen Kommission, stellte in seinem auf dieser Tagung gehaltenen Referat Analogien zwischen dem Faschismus in Chile und dem Hitlerfaschismus her.

In dem von uns auszugsweise übernommenen Beitrag macht Prof. Kaul deutlich, daß der Faschismus weder zeitlich begrenzt, noch das Werk eines Einzelnen oder ein massenpsychologisches Problem ist, sondern der Versuch der imperialistischen Kreise des Finanzkapitals, ihre bedrohte Herrschaft mit terroristischen Mitteln aufrechtzuerhalten. Auch heute - 30 Jahre nach der Befreiung vom Hitlerfaschismus - bleibt somit der Faschismus, wie das Beispiel Chile zeigt, eine ständige Gefahr für den Fortschritt der Menschheit.



An der bedeutenden Tagung in Mexiko-Stadt nahm auch die Witwe des ermordeten chilenischen Präsidenten, Hortensia Bussi de Allende, teil - auf unserem Foto herzlich begrüßt vom Staatspräsidenten Mexikos, Luis Echeverria.



## Das Urteil ist bereits gesprochen

Die Geschehnisse, die am 11. September 1973 nach Ermordung des chilenischen Staatspräsidenten Allende zur Beseitigung der verfassungsmäßig gesicherten Ordnung Chiles und zur Machtergreifung durch einen Offiziersklüngel führten, der sich als „Militärjunta“ bezeichnet, haben bei allen gesitteten Menschen in der ganzen Welt eine nahezu erschütternde Erregung verursacht, die sich bis zum heutigen Tag in unverminderter Kraft erhalten hat.

Worin der Grund dieses Abscheus vor dem Regime zu suchen ist, das die Militärjunta in Chile errichtet hat, ist vom Geistigen her nur aus der Erkenntnis des Charakters und der Wesenselemente des chilenischen Juntastaates zu erklären. Wessen Geistes Kind ist dieses Regime? Wo liegen die Wurzeln seiner Existenz? Was stellt es dar, und was will es verwirklichen?

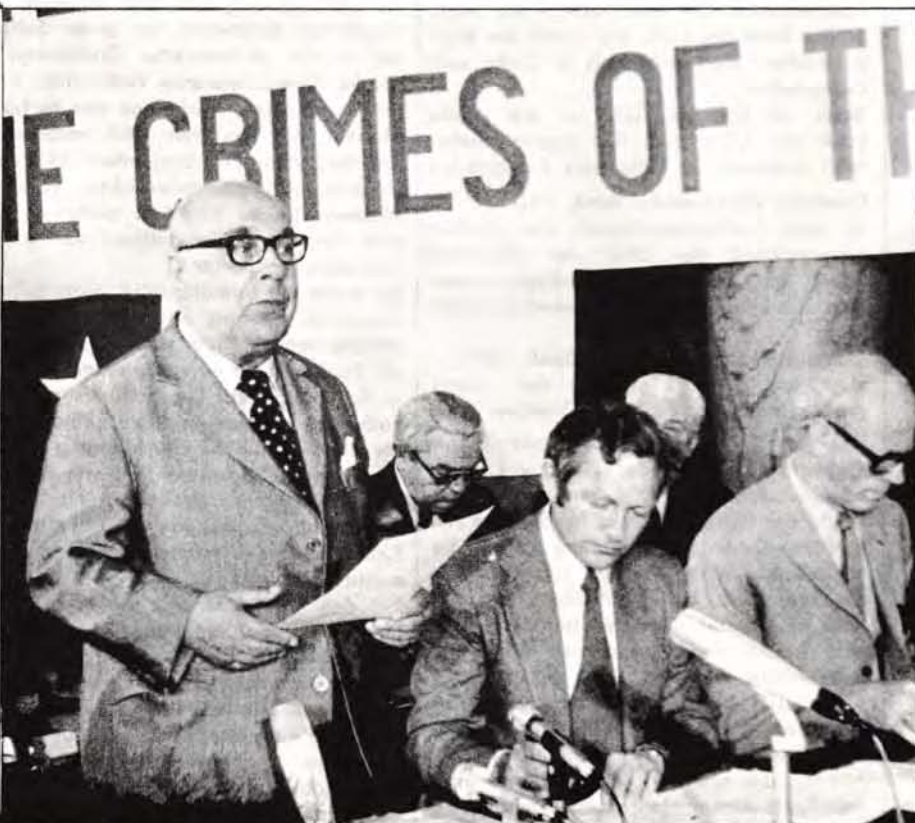
Auf der panamerikanischen Konferenz in Mexiko gab der Außenminister der chilenischen Militärjunta, Admiral Ismael Huerta, folgende Erklärung ab: „Ich weiß nicht, was man heute mit dem Wort Faschismus meint. In meiner Jugend war ich in Europa, und dort wurde der Ausdruck für autoritäre, starke und führungsglebende Regierungen verwendet. Wenn man diesen Ausdruck auf uns anwendet, weil wir eine starke Regierung sind, dann sind wir Faschisten.“

Spottete er, wie es in der Bibel heißt, seiner selbst und weiß gar nicht, wie; oder entspricht dieses Bekenntnis der Wirklichkeit?

In Deutschland wurde im dritten Jahrzehnt unseres Jahrhunderts neben Japan mit dem Hitlerfaschismus die eindeutigste und kompromißloseste Form des Faschismus geschaffen. Für ihn wurde 1933 auf dem 13. Plenum des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale die präzise Definition gegeben: „Der Faschismus ist die offene terroristische Diktatur der reaktionärsten, am meisten chauvinistischen, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals.“

### Hilfe des Finanzkapitals

Der im Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozeß verurteilte ehemalige Wirtschaftsminister Hitlers, Walter Funk, bekundete vor dem interalliierten Gericht in Nürnberg, welche Vertreter des Finanzkapitals Hitler in der sogenannten Kampfzeit von 1929 bis 1932 unterstützt haben. Einer der ersten war der Kohlen- und Eisengewaltige **Emil Kirdorf**, Herr der „Guten-Hoffnungs-Hütte“. Schon vor ihm hatte der Chef des Stahltrusts, **Fritz Thyssen**, Hitler regelmäßig Beträge zukommen lassen, die nach seiner eigenen Angabe insgesamt 1 Million überschritten. Ihm stand **Albert Voegler** von den „Vereinigten Stahlwerken“ nicht nach. Zu diesen drei Gewaltigen der Kohle- und Stahlindustrie gesellten sich der Chemiekonzern **IG Farben**, die **Pottasche-Industrie**, die **Mitteldeutsche Braunkohlenindustrie**,



Die Vorlage dieses Dokumentes nahm der Vizepräsident der Kommission Prof. Kaul vor.

die **Hamburg-Amerika-Schiffahrtlinie**, die **Hannoveraner Gummiwerke „Continental“**, die **Deutsche Bank**, die **Commerzbank**, die **Dresdner Bank**, die **Deutsche Kreditgesellschaft** und der größte deutsche Versicherungskonzern **„Allianz“**.

In gleicher Weise war es das Finanzkapital, das der Militärjunta in Chile den Weg zur Macht ebnete. Der wirtschaftlichen Struktur Chiles entsprechend wurde das an Chile interessierte Finanzkapital nicht oder zumindest nicht in erster Linie durch die einheimischen kapitalistischen Kräfte repräsentiert. In nahezu kolonialistischem Stil hatten sich ausländische Konzerne der wirtschaftlichen Potenz des Landes bemächtigt. Allen voran:

Der **Anaconda-Konzern**, infolge der Ausbeutung der chilenischen Kupfergruben weltgrößter Kupferproduzent. In Chile besaß er die **Minen „Chuquicamata“**, **„El Salvador“** und **„La Exotica“**.

Der **Kennecott-Konzern**, ebenfalls einer der größten Kupferproduzenten. In einer Kapitalanlagestudie der Deutschen Bank vom Februar 1972 heißt es: „Die Ertragskraft des Unternehmens ist ungewöhnlich groß.“

Der **„International Telephone & Telegraph“-Konzern (ITT)**, einer der zehn größten kapitalistischen Konzerne. Seine Tochterunternehmen in Chile sind: **„ITT Comunicaciones Mundiales S. A.“**, **„Cia Standard Electric S. A. C.“** und **„Cia Telefonos de Chile“**, Kapitalanlage: 200 Millionen Dollar.

Es folgen:

**General Electric Company**, größter Elektrizitätskonzern der Welt, mit dem chilenischen Tochterunternehmen **„Electromat S. A.“**, **Fabrica de Materiales Electricos“**.

**General Motors Corporation**, größter Konzern der Welt, mit seinem Tochterunternehmen **„General Motors Chile S. A.“**.

**Gulf Oil Corporation**, fünftgrößter Erdölkonzern, mit **„Lubricantes Gulf de Chile S. A.“**.

**Exxon**, der zweitgrößte Konzern der Welt, mit **„Esso Standard Oil Co., Chile SAC“**.

**International Business Machines Corporation**, der bedeutendste Computer-Konzern der Welt, mit **„IBM de Chile SAC“** und andere.

Bis zum Regierungsantritt Allendes hatten 65 Konzernunternehmen der BRD in der chilenischen Wirtschaft nahezu 1 Milliarde DM investiert. Davon fielen etwa 350 Millionen allein auf die 3 Nachfolgeunternehmen des alten **IG-Farben-Konzerns**, dem als Stütze der Nazidiktatur zugestanden war, im Verband des Vernichtungslagers Auschwitz ein eigenes Arbeitslager zur Ausbeutung der KZ-Häftlinge zu unterhalten. Das sind:

**Badische Anilin- und Sodafabrik (BASF)**, mit **„Compania de Productos Quimicos Idrongal“** und zwei andere Firmen.

**Farbenfabriken Bayer AG** mit **„Quimica Bayer de Chile Ltda.“** und **„Bayer Quimicas Unidas S.A.“**.



**Farbwerke Hoechst AG** mit „Fibro Quimica Chilena“, „Quimica Hoechst de Chile LTDA“ und „Tranchini & Hollemart“.

Hinzu kamen die entscheidenden Großbanken der kapitalistischen Welt:

**First National City Bank, USA** – die zweitgrößte Bank der USA und damit der kapitalistischen Welt unterhielt in Chile zehn Zweigstellen.

**Bank of America, USA** – die größte Bank der USA und der kapitalistischen Welt unterhielt in Chile acht Zweigstellen.

**Deutsche Überseeische Bank, BRD** – sie ist eine Tochtergesellschaft der größten Monopolbank der BRD, der Deutschen Bank, und unterhält in Santiago zusammen mit dieser eine Gemeinschaftsvertretung.

**Deutsch-Südamerikanische Bank, BRD** – sie ist eine Tochter der zweitgrößten Bank der BRD, der Dresdner Bank.

Wie im Frühjahr 1973 Harold Sidney Geneen, der Chef der „ITT“, vor einem Unterausschuß des USA-Senats bekannte, stellte der Konzern bereits im Sommer 1970 1 Million Dollar zur Verfügung, um die bevorstehende Wahl Allendes zum Präsidenten von Chile zu hintertreiben. Ein Jahr nach der Wahl Allendes bereitete „ITT“ eine Anzahl von Maßnahmen vor, die – wie William Merriam, Chef des Washingtoner „ITT“-Büros, dem damaligen USA-Präsidenten Nixon schriftlich darlegte – das Ziel hatten, zu „verhindern, daß Allende die nächsten sechs Monate übersteht“. Zu diesen Maßnahmen gehörte das Einfrieren amerikanischer Kredite in Chile, die Finanzierung oppositioneller Kräfte und das „Anbohren verlässlicher Quellen innerhalb des chilenischen Militärs“.

In systematischer Synchronisation derartiger Maßnahmen zu einer „konzertierten Aktion“ des Finanzkapitals gegen die dem Volkswillen entsprechende Regierung Allende wurden auf ihrer Ebene die Banken durch Kündigung gegebener und Verweigerung bereits zugesagter Kredite tätig, während die USA-Kupferkonzerne versuchten, den Kupferexport Chiles durch gerichtliche Maßnahmen in den europäischen Abnahmeländern zu unterbinden.

Wie bei der Machteinsetzung des Nazismus in Deutschland hat also das Finanzkapital auch für die Errichtung der Diktatur der Militärjunta in Chile die entscheidenden Voraussetzungen geschaffen.

### Diskriminierung der Demokratie

Daß die Machtübernahme des Nazismus in Deutschland am 30. Januar 1933 in anderer Form erfolgte als die der Militärjunta am 11. September 1973 in Chile, liegt keineswegs an einem charakterlichen Unterschied der Wesensart beider Diktatorsysteme. Maßgeblich hierfür war vielmehr lediglich die unterschiedliche äußere Struktur der beiden Staaten in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht. Die Finanzkraft Deutschlands wurde – unabhängig von bestimmten durch die Reparationsforderungen geschaffenen äußeren Abhängigkeiten – beherrscht und gesteuert von inländischen Wirtschaftskräften. Sie waren es, die Hitler – wie dargelegt – unterstützten und ihm die Mittel zur Verfügung stellten, sich eine

Massenbasis zu schaffen.

In Chile war die Situation wesentlich anders. Hier lag der Schwerpunkt der in ihrer Existenz durch die Regierung Allende bedrohten wirtschaftlichen Macht bei den USA-Monopolen und den anderen ausländischen Konzernen, an deren Seite lediglich die einheimische Großbourgeoisie als im Klasseninteresse Verbündete trat.

Schon von dieser Sicht aus war es für die Männer des von den USA vorbereiteten Putsches vom 11. September 1973 nicht möglich, sich im chilenischen Volk eine Massenbasis zu schaffen, zumal in Chile eine überaus starke antifaschistische Massenbewegung bestand.

So wurde der formalrechtlich nicht zu beanstandende Auftrag des deutschen Reichspräsidenten an Hitler vom 30. Januar 1933, in der Hauptstadt Deutschlands mit einem Fackelzug gefeiert, während Pinochet und die anderen für die Durchführung des Putsches am 11. September 1973 von dem USA-Geheimdienst ausgewählten Hochverräter mit Bombenflugzeugen und Panzern in Chile gegen die verfassungsmäßige Staatsmacht vorgingen.

Für den Charakter und die innere Struktur der beiden Regierungssysteme als faschistische Despotien ist diese Unterschiedlichkeit bedeutungslos, zumal der Faschismus – wie seit langem historisch feststeht – in den einzelnen Ländern äußerlich verschiedene Erscheinungsformen annimmt; immer aber zerstört er legal existierende demokratische Regierungsformen.

Immanent ist insofern allen faschistischen Systemen die Diskriminierung der Demokratie. So ist die ganze nazistische Propaganda durchtränkt von der Verächtlichmachung demokratischer Einrichtungen.

1936 sagte Hitler in der Denkschrift zu seinem Vierjahresplan: „Die anderen Länder sind durch ihre demokratische Lebensform zersetzt, marxistisch infiziert und damit in absehbarer Zeit selbst dem Zusammenbruch verfallen.“ Und schon vorher in einem privaten Gespräch zu einem in Südamerika lebenden Auslandsdeutschen – auf Lateinamerika direkt gemünzt: „Wenn in einem Lande Demokratie sinnlos und Selbstmord ist, dann in Südamerika. Man muß die Leute dort stärken, ihren Liberalismus zusammen mit der Demokratie über den Haufen zu werfen. Heute glauben sie noch, Demokratie spielen zu müssen; warten wir ein paar Jahre, und helfen wir derweil etwas nach.“ Und nahezu synchron 1973 Pinochet: „Die Demokratie muß gelegentlich in Blut gebadet werden.“

In der Prinzipienklärung der Militärjunta in Chile vom März 1974 heißt es entsprechend: „Die entwickelten Gesellschaften des Westens sind in einem Materialismus versunken, der den Menschen verdirbt und ihn geistig verklavt. Das wird dadurch verstärkt, daß in diesen Ländern der Marxismus erfolgreich eingedrungen ist und diese Demokratien außerordentlich zersetzt hat . . .“

Das Ziel dieser so gleichlautenden Manifestation Hitlers und Pinochets ist, in dem Bewußtsein der Bevölkerung die der Wirklichkeit entsprechende Vorstellung über eine demokratische Staatsgewalt zu zerstö-

ren und sie dafür empfänglich zu machen, die faschistische Diktatur zu akzeptieren.

### Militarisierung des öffentlichen Lebens

In derartiger Ermangelung einer gesellschaftspolitischen Konzeption militarisiert das faschistische System das öffentliche Leben, um dadurch für die von dem einzelnen verlangte Disziplin den entsprechenden Rahmen zu schaffen und das Denken – soweit überhaupt noch zulässig – in vorgeschriebene Kategorien zu lenken.

Bei Hitler marschierte schließlich die gesamte Bevölkerung uniformiert – vom sechsjährigen Pimpf über den Richter bis zum Altvetenaren des Deutsch-Französischen Krieges aus dem vergangenen Jahrhundert.

Das gleiche Bild bietet das heutige Chile, wo die Militarisierung des öffentlichen Lebens ihren bisherigen Höhepunkt in der Ernennung von Militärkommandeuren für Grundschulen und Kindergärten gefunden hat.

Weiterhin ist es dem faschistischen System immanent, den echten oder vermeintlich politischen Gegner – wenn möglich – zu isolieren und ihn damit aus der Gemeinschaft auszuschließen. Zur Erreichung dieses Zieles wird der politisch Andersdenkende zum kriminellen Verbrecher diskriminiert.

Es gehörte zum stetigen Vokabular Hitlers, den Widerstandskämpfer als Strolch, und späterhin im Kriege den für sein Vaterland kämpfenden Gegner als Bandit zu bezeichnen.

Der Bericht der Juntapresse vom 19. März 1974 über die Festnahme von Antifaschisten könnte in der gleichen Diktion im Jahre 1933 vom „Völkischen Beobachter“ veröffentlicht worden sein: „Rund 190 Verbrecher und unerwünschte Subjekte wurden während einer militärischen Operation des Regiments Buin in der Siedlung Quinta Bella, wo sie sich versteckt hatten, verhaftet.“

### Terror nach innen

Kaum an die Macht gekommen, nutzte das Nazisystem den Brand des Reichstages – nur in der Bundesrepublik wird heute noch bestritten, daß der Reichstag von den Nazis selbst in Brand gesetzt wurde –, um Grundrechte der Verfassung durch die sogenannte Notverordnung zum Schutze von Volk und Staat mit einem Federzug außer Kraft zu setzen: Den erwähnten „Sturmeinheiten“ wurde gestattet, willkürlich Verhaftungen vorzunehmen; Konzentrationslager wurden für echte und vermeintliche Gegner – soweit sie nicht im offenen Terror ermordet wurden – eingerichtet.

Trotz der steten Beteuerung, daß der nazistische Machtantritt völlig unblutig erfolgt sei, wurden Tausende in bestialischer Weise ermordet.

Das gleiche Bild bot Chile nach dem 11. September 1973: Was für den Nazismus der Reichstagsbrand, das war für die Militärjunta der von ihr erfundene sogenannte Plan Z, der – angeblich – einen allgemeinen Aufstand der linksgerichteten Kräfte vorgesehen haben sollte, dessen





Oberst Christian Ackerknecht, Enkel deutscher Einwanderer, Rommel-Bewunderer und Absolvent der Führungsakademie der Bundeswehr, ist Militärbefehlshaber der Bergbauprovinz O'Higgins. Mit Militär-Eskorte führte er General Pinochet durch die Kupfermine »El Teniente«



Führergruß der deutschen Industrie: von Renteln, Krupp

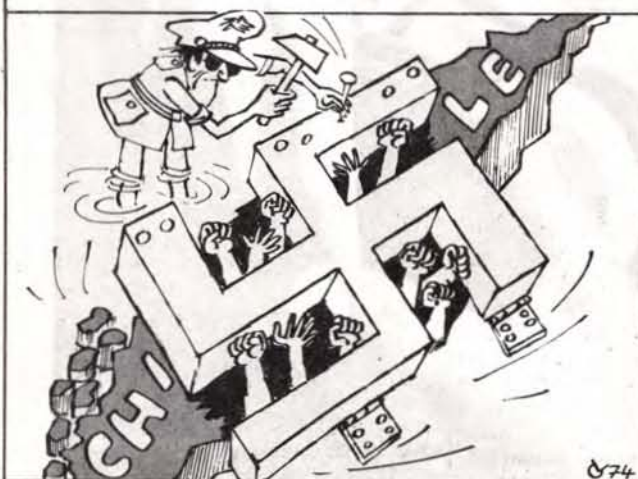
Rund 10000 politische Gefangene sitzen in Gefängnissen und Lagern. Das größte KZ ist Chacabuco in der Salpeterwüste, die berüchtigsten Folterlager sind der Militärstützpunkt Tejas Verdes und das Estadio Chile in Santiago (nicht identisch mit dem Estadio Nacional).



aus: stern

**IG-Farben-Nachfolger: Anlagegeschäft Chile**

Wie die westdeutsche Wirtschaftszeitschrift DFZ-Magazin berichtet, hoben jüngst die Unternehmensleitungen der IG-Farben-Nachfolgekonzerne BASF, Hoechst und Bayer in Chile die besonders profitablen Bedingungen hervor, die sich im Chile der Junta dem Auslandskapital bieten: "Der Markt gibt die erforderlichen Preise her. Der Wiederaufbau des Landes und die ehrgeizige Investitionsplanung beleben das Anlagegeschäft." Allerdings äußerten die IG-Farben-Nachfolger auch Kritik: "In Santiago de Chile beklagte man aber die Herabsetzung der Junta und ihrer Anhänger durch Politiker und Journalisten in der BRD."



Den Nazikriegsverbrecher Walter Rauff (Foto r.), ehemals SS-Standardenführer und GESTAPO-Chef der mobilen Gaskammern, holte die faschistische Pinochet-Junta als "Hauptberater" beim Aufbau des KZ- und Foltersystems nach Chile.



	Spenden des IG-Farben-Konzerns für die Nazipartei (in RM)	Reingewinne des IG-Farben-Konzerns (in RM)
1933	3 584 070	74 000 000
1934	4 020 207	88 000 000
1935	4 515 039	71 000 000
1936	4 960 636	140 000 000
1937	5 467 626	188 000 000
1938	8 156 315	191 000 000
1939	7 539 857	240 000 000

**FARBWERKE HOECHST AG**



Ziel es angeblich war, die Verfassung außer Kraft zu setzen.

Auf Grund dieser erfundenen Behauptung erließ die Junta das Dekret Nr. 4 vom 18. September 1973, durch das in den Provinzen und Departements Chiles der Notstand erklärt und für jede Provinz und jedes Departement ein juntatreuer Militäroffizier als oberste Exekutivbehörde eingesetzt wurde. Dieser alle Verfassungsrechte beseitigende Zustand wurde durch das Dekret Nr. 5 vom 22. September 1973, in dem der Belagerungs- bzw. Kriegszustand erklärt wurde, verstärkt.

Auf dieser Grundlage wurde – genau wie 1933 in Deutschland – der effektive Kriegszustand gegen den politischen Gegner statuiert. Unter dem Deckmantel dieses sogenannten Kriegszustandes wurden in Chile alle bekannten und vermutlichen Anhänger der Unidad Popular willkürlich verhaftet und in die genannten Konzentrationslager gebracht, wo sie gefoltert und getötet wurden. In der Anlage und im Ausmaß das gleiche Bild wie im nazistischen Deutschland. Bis Dezember 1973 waren in Chile durch das Juntasystem 15 000 Menschen getötet und 35 000 eingekerkert worden.

In Nazideutschland wurden von 1933 bis 1939 14 000 Antifaschisten umgebracht, während 350 000 in KZ gefangengehalten wurden.

Genau wie zu Beginn der Naziherrschaft in Deutschland, wurden in Chile im weiteren Verlauf des Juntaterrors auch die Kräfte, die zunächst die Beseitigung der Regierung Allende durch die Junta begünstigt und begrüßt hatten, so die Mitglieder des rechten Flügels der Christdemokratischen Partei, durch den Totalitätsanspruch der Junta paralysiert, wie das in Deutschland der Nazismus bereits in seinen Anfängen mit den sogenannten nationalen Kräften und dem „Stahlhelm“, dem Verband der Frontkämpfer, tat. Das erreichte Ziel dieser Maßnahmen in Deutschland war schließlich die durch Gesetz bestimmte Unterbindung der Tätigkeit aller politischen Parteien und die Beseitigung der Koalitionsfreiheit der Werktätigen.

In Chile erfolgte die gleiche Maßnahme durch Dekret Nr. 78 vom 13. Oktober 1973, durch das die linken Parteien, die vorwiegend der Unidad Popular angehört hatten, verboten und aufgelöst, während alle anderen politischen Parteien und Vereinigungen durch Dekret Nr. 79 vom 17. Oktober 1973 suspendiert wurden.

#### Aggression nach außen

Der Nazismus hat durch den von ihm entfesselten zweiten Weltkrieg den unwiderlegbaren Beweis dafür geliefert, daß sich der reaktionäre antihumane Charakter des Faschismus nicht nur gegen das eigene Volk richtet, sondern das friedliche Zusammenleben der Völker aufs schwerste gefährdet. Schon in der Anfangsphase seiner Herrschaft begann der Hitlerfaschismus entsprechend den imperialistischen Interessen des deutschen Finanzkapitals, systematisch internationale Verträge zu verletzen und sich in die Angelegenheiten fremder Staaten einzumischen. So wurden die Bestimmungen des den ersten Weltkrieg beendenden

Friedensvertrages systematisch mißachtet, das entmilitarisierte Rheinland besetzt, Österreich und letzten Endes die Tschechoslowakei annektiert. Die Hitlerregierung trat aus dem Völkerbund aus und schuf sich mit dem Antikominternpakt eine aggressive Allianz. Schließlich mischte sich der deutsche Faschismus aktiv in den Spanischen Bürgerkrieg ein, wodurch der Sieg des Francofaschismus ermöglicht wurde.

Der Faschismus der chilenischen Militärunterjunta ist – soweit bislang zu übersehen ist – auf Grund einer anderen historischen Ausgangsposition gezwungen, seine Aggressivität ausschließlich gegen die eigene Bevölkerung zu richten, der man offiziell den totalen Krieg erklärt hat.

Unbeschadet dessen bleibt die Außenpolitik der Junta jedoch durch Entspannungsfeindlichkeit, Hetze gegen andere Völker wie Kuba, Peru und die Sowjetunion, extremem Antikommunismus und durch die Mißachtung der internationalen Gremien, wie der UNO, der ILO und der UNESCO, gekennzeichnet.

Im Interesse der großen Monopolgruppen hat sich die Junta über das gemeinsame Investitionsstatut der Andenpaktländer hinweggesetzt und damit einen weiteren internationalen Vertrag gebrochen.

So zeigt sich also, daß die Deckungsgleichheit zwischen dem Nazifaschismus und dem Juntafaschismus in Chile keine zufällige Erscheinung ist, oder etwa nur auf einer Übernahme bestimmter Methoden des Nazifaschismus durch die chilenische Junta beruht. Die Vorgänge in Chile zeigen in ihrem Vergleich mit dem „Dritten Reich“ Hitlers viel-

mehr, daß der Faschismus keine spezifische Erscheinung der dreißiger Jahre, und auch nicht ein ausschließlich deutsches oder etwa europäisches Phänomen ist; die Deckungsgleichheit zwischen dem Hitlerfaschismus und dem Juntaregime Chiles beruht vielmehr darauf, daß gleichartige politische und ökonomische Interessengruppen gleichartige sozialpolitische Situationen in gleicher Weise zu bewältigen versuchen.

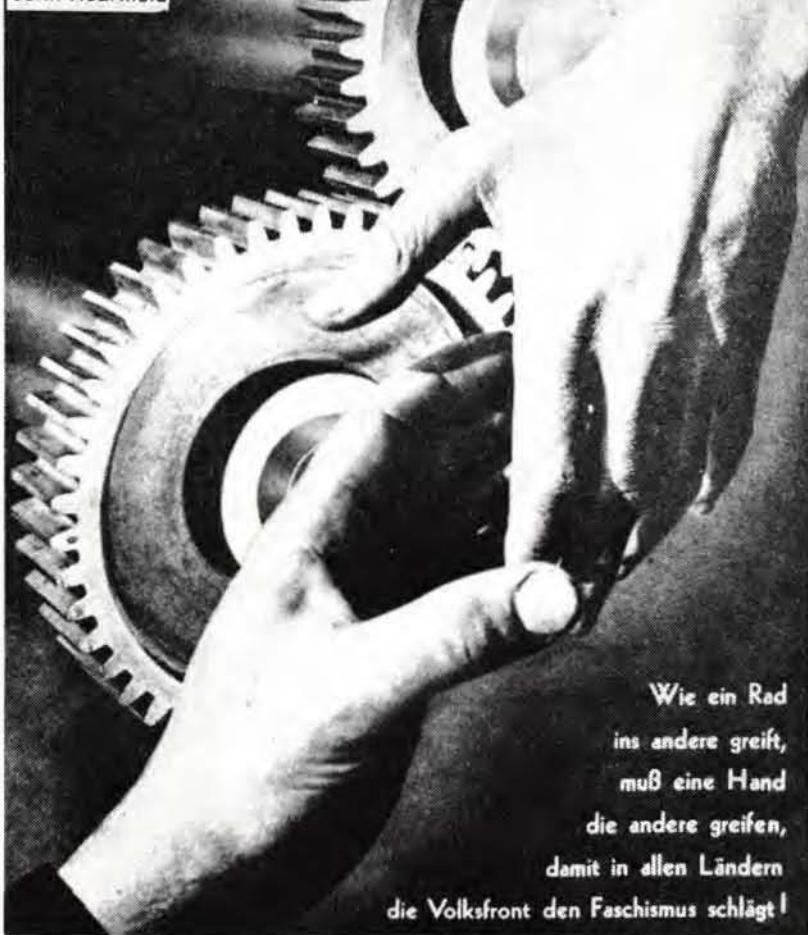
In Deutschland wie in Chile beruht die Errichtung eines faschistischen Regimes auf der Tatsache, daß die imperialistischen und somit fortschrittsfeindlichen Oberschichten mit der Unmöglichkeit konfrontiert wurden, das demokratische Regierungssystem weiterhin – wie bisher – für ihre Klasseninteressen zu manipulieren.

So ist ersichtlich, daß das Hitlerdeutschland und das Pinochetchile das gleiche faschistische System verkörpern.

Mit dieser Feststellung erfaßt die Verurteilung der nazistischen Despotie als verbrecherisches friedens- und völkerfeindliches System, die 1946 durch das Interalliierte Militärtribunal im Nürnberger Prozeß erfolgte, sinngemäß auch das von der Militärunterjunta in Chile errichtete System.

Aus dieser Erkenntnis erwächst für die Regierungen und die Völker der Welt die Verpflichtung, im Interesse der Erhaltung der Menschenrechte, der Demokratie und des friedlichen Zusammenlebens der Völker das in Chile durch die Junta etablierte faschistische System in gleicher Weise zu beseitigen, wie seinerzeit der Hitlerfaschismus durch die Bildung einer weltweiten antifaschistischen Front beseitigt wurde.

John Heartfield



Wie ein Rad  
ins andere greift,  
muß eine Hand  
die andere greifen,  
damit in allen Ländern  
die Volksfront den Faschismus schlägt!



# **GEMEINSAM GEGEN DEN FASCHISMUS - FREIHEIT FÜR CHILE !**



**Aufruf des  
Antiimperialistischen  
Solidaritätskomitees  
zum 30. Jahrestag  
der Befreiung von  
Faschismus und Krieg**

**10. Mai 1975  
Frankfurt am Main  
10.30 Uhr Demonstration  
ab Opernplatz  
12.00 Uhr Kundgebung  
Römerberg**

Am 8. Mai begehen Demokraten und Antifaschisten in vielen Ländern Europas den 30. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus und der Beendigung des Zweiten Weltkrieges.

Die Niederwerfung des deutschen Faschismus durch die Armeen der Antihitlerkoalition und den antifaschistischen Widerstandskampf der europäischen Völker leitete auf unserem Kontinent die längste Friedensperiode dieses Jahrhunderts ein. Heute - nach der Überwindung des Kalten Krieges - bestehen gute Aussichten, den Frieden auf Dauer zu sichern. Darauf richten sich die berechtigten Hoffnungen der Völker Europas.

Verbunden mit der Hoffnung auf einen dauerhaften und sicheren Frieden ist der feste Wille aller demokratisch gesonnenen Menschen, nie wieder geschehen zu lassen, was so viele Opfer kostete: die Machtergreifung der äußersten, faschistischen Reaktion. Entschlossen stehen sie daher auch an der Seite jener Völker, die in Europa und in anderen Teilen der Welt von faschistischer Gewaltherrschaft unterdrückt werden. Denn die Erfahrungen der Vergangenheit haben gezeigt: wo immer der Faschismus sein blutiges Haupt erhebt, bedroht er auch die Freiheit und den Frieden anderer Völker, stellt er eine Herausforderung dar an die Kräfte der Demokratie und des Fortschritts überall in der Welt.

Diese Erfahrung vereint Millionen fortschrittlicher Menschen in aller Welt in ihrer entschlossenen Kampfansage an die faschistische Militärjunta, die im September 1973 die Regierung der Unidad Popular in Chile stürzte. Es entwickelte sich eine weltweite Bewegung der Solidarität mit den Opfern des faschistischen Terrors und dem Widerstandskampf der chilenischen Patrioten.

Die offene terroristische Diktatur, die in Chile mit Hilfe multinationaler Konzerne und des CIA errichtet wurde, weist in Wesen und Erscheinungsform deutliche Parallelen auf zur Gewaltherrschaft des Nazifaschismus in Deutschland. Die Vernichtung der demokratischen Institutionen und Freiheiten, das Verbot der Volksparteien und Gewerkschaften, die Militarisierung aller Bereiche des öffentlichen Lebens, verbunden mit einer Verschärfung der wirtschaftlichen Ausbeutung und schließlich die Mißachtung elementarer Menschenrechte, wie sie in der brutalen Verfolgung, Einkerkерung und Ermordung zehntausender chilenischer Antifaschisten zum Ausdruck kommt, dient - wie damals in Deutschland - dem gleichen Zweck: der gewaltsamen Durchsetzung der wirtschaftlichen und politischen Interessen einer imperialistischen Oberschicht gegen die Bestrebungen der Mehrheit des Volkes.



Und die Parallele endet nicht in der Geschichte. Großkonzerne und Finanzgruppen der BRD, die bereits in Deutschland dem Faschismus den Weg zur Macht ermöglicht hatten, sind heute maßgeblich an der Unterdrückung des chilenischen Volkes beteiligt. Ihre politischen Repräsentanten in der CDU/CSU bekunden offen ihre Sympathien für die Mörder-Junta in Santiago. Auch die Bundesregierung unterhält diplomatische Beziehungen zur Junta und gewährt ihr Millionenkredite.

Es sind die gleichen Kräfte, die bei uns danach trachten, den Entspannungsprozess aufzuhalten, demokratische Rechte der Bürger abzubauen und die wirtschaftlichen Krisenlasten auf die arbeitende Bevölkerung abzuwälzen.

Doch die Welt von 1975 ist nicht mehr die von 1933. Die Kräfte, die für Frieden und Fortschritt eintreten, haben überall machtvolle Positionen erobern können und dem Spielraum des Imperialismus für kriegerische und faschistische Abenteuer Grenzen gesetzt. Bereits heute ist die Militär-junta in Chile weltweit geächtet und isoliert; ihr menschenverachtender Terror wurde von der Völkerversammlung in den Vereinten Nationen entschieden verurteilt.

Gerade die leidvollen Erfahrungen unserer eigenen Geschichte und die gemeinsame Gegnerschaft zu den imperialistischen Konzernen und ihren politischen Sachwaltern verpflichten uns in besonderem Maße, dem chilenischen Volk in antifaschistischer Solidarität beizustehen. Denn die Unterstützung seines Kampfes ist zugleich ein Beitrag im Ringen um mehr Demokratie und die Sicherung des Friedens in unserem eigenen Land.

Es ist daher für uns ein hervorragendes Anliegen, an diesem 30. Jahrestag der Befreiung unseres Volkes vom Hitler-Faschismus den chilenischen Antifaschisten unsere kämpferische Solidarität zu bekunden. Das Antiimperialistische Solidaritätskomitee begrüßt und unterstützt daher den Aufruf des Ausschusses „30. Jahrestag der Befreiung von Faschismus und Krieg“. Es ruft die demokratischen Organisationen, alle Chile-Solidaritätskomitees und alle Bürger unseres Landes, die sich der Sache des chilenischen Volkes verbunden fühlen, auf, sich am 10. Mai 1975 in Frankfurt am Main an der Kundgebung „30 Jahre Befreiung vom Hitler-Faschismus - 30 Jahre Kampf um ein Europa des Friedens“ zu beteiligen unter den Losungen:

- **Gemeinsam gegen den Faschismus - Freiheit für Chile!**
- **Schluß mit der Unterstützung aus Bonn - Isoliert die Junta in Chile!**
- **Freiheit für alle chilenischen Antifaschisten!  
Stoppt die Folterer!  
Schluß mit den Ausweisungen aus Chile!**

---

Im Antiimperialistischen Solidaritätskomitee arbeiten mit:

Christliche Friedenskonferenz, Christliche Pfadfinderschaft Deutschlands - Land Baden, Demokratischer Kulturbund der Bundesrepublik Deutschland, Deutsche Friedensgesellschaft/Internationale der Kriegsdienstgegner, Deutsche Friedens-Union, Deutsche Jungdemokraten, Deutsche Kommunistische Partei, Kampagne für Demokratie und Abrüstung, Liberaler Hochschulverband, Marxistischer Studentenbund Spartakus, Naturfreundejugend Deutschlands, Palästina-Komitee München, Service Civil International, Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend, Sozialistische Jugend Deutschlands - Die Falken, Sozialistischer Hochschulbund, Verband der Kriegsdienstverweigerer, Verband Deutscher Studentenschaften, Vereinigung Demokratischer Juristen, Vereinigungen der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschisten, Weltfriedensbewegung/Landesfriedenskomitees in der BRD, Werkkreis Literatur der Arbeitswelt, Westdeutsche Frauen-Friedensbewegung ● Antiimperialistisches Informationsbulletin, Asso-Verlag, Blätter für deutsche und internationale Politik, Deutsche Volkszeitung, Extra-Dienst, Jugendmagazin „elan“, Junge Kirche, Kurbiskern, Kritischer Katholizismus, Kultur und Gesellschaft, Sozialistische Korrespondenz, Stimme der Gemeinde, Unidoc-Film, Verlag Marxistische Blätter, Verlag „pläne“ ● Prof. Wolfgang Abendroth, Prof. Hans Werner Bartsch, Prof. Dieter Boris, Helmut Bublitz (Betriebsrat), Peter Dietzel, Wolff Geisler (Deutsches Komitee für Angola, Guinea-Bissau und Mozambique), Herbert Lederer (Rechtsanwalt), Willi Malkomes (Betriebsrat), Walter Meyer (Gewerkschaftssekretär), Peter Mühle (Jugendvertreter), Pastor D. Martin Niemöller, Herbert Pietsch (Jugendvertreter), Prof. Jürgen Redhardt, Stefan Schardt (Gewerkschaftssekretär), Hans Schulte (Betriebsrat), Prof. Dorothee Sölle-Steffenski, Pfarrer Horst Stuckmann, Martin Walser, Prof. Erich Wulff, Jochen Zimmer (Bundesjugendsekretär der Naturfreundejugend)

---



# Frauenbewegung

Renate Janßen

## Bericht vom AAPSO – Kongress: Zur sozialen Entwicklung der Frau in Afrika und Asien

Das Jahr 1975 ist von der Generalversammlung der Vereinten Nationen zum "Jahr der Frau" erklärt worden. Diese Entscheidung wurde unter der Überlegung der bedeutsamen Mitwirkung der Frauen auf sozialem, politischem, ökonomischem und kulturellem Gebiet eines jeden Landes getroffen, wobei die Notwendigkeit unterstrichen wurde, die Gleichheit zwischen Mann und Frau, juristisch und tatsächlich, durch gesetzliche und soziale Maßnahmen zu erreichen.

Im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland ist die Gleichstellung von Mann und Frau juristisch gesichert. Tatsächlich aber ist es so, daß die Frauen in unserer Gesellschaft nach wie vor für die Verwirklichung ihrer Rechte kämpfen müssen; in einer Gesellschaft, in der sie für gleiche Arbeit geringeren Lohn erhalten, in der sie schlechtere Aufstiegschancen als ihre männlichen Arbeitskollegen haben, in der es immer noch nicht genügend Kindergartenplätze für die Kinder berufstätiger Mütter gibt - um nur einige Beispiele zu nennen.

Dies sind die Probleme, die die Frauen in unserem Lande stark beschäftigen. Wie andersgeartet aber die Bedürfnisse und Probleme der Frauen in anderen Ländern sind, zeigte sich auf einem Symposium zur sozialen Entwicklung der Frau in den Ländern Afrikas und Asiens, das vom 8. bis 10. März 1975 in Alexandria/Ägypten stattfand. An diesem Kongreß, der von der Organisation für Afro-Asiatische Völkersolidarität (AAPSO) durchgeführt wurde, nahmen mehr als 100 Frauendelegierte aus 54 Ländern teil.

Auf dem Kongreß wurde über die Situation der Frau in Familie und Beruf und über ihre Tätigkeit im politischen Leben diskutiert. Der Kampf um die Gleichstellung der Frau steht in diesen Ländern - nicht zuletzt durch die Religion, die die absolute Vorherrschaft des Mannes sanktioniert hat - noch am Anfang seiner Entwicklung.

Die Notwendigkeit solcher Forderungen wie nach Heraufsetzung des Heiratsalters auf 17 Jahre und dem Recht der Frauen, ihren Partner

selbst wählen zu können, wird deutlich, wenn man weiß, daß junge Mädchen bereits mit 14 Jahren verheiratet werden. Das heißt, die Familie des Mannes setzt sich mit der Familie des Mädchens in Verbindung und handelt mit dieser die Bedingungen einer Heirat aus - die Frau wird hier als Ware betrachtet.

Um ein weiteres Beispiel zu nennen: In vielen afro-asiatischen Ländern haben die Frauen kein Recht, eine Arbeit außerhalb des Hauses anzunehmen und sie können - wie es z.B. in Bahrein, einem kleinen Scheichtum im Mittleren Osten, der Fall ist - im Auftrag des Innenministers verhaftet und für drei oder mehr Jahre ohne Anklage oder Verhandlung ins Gefängnis gesperrt werden, wenn sie eine öffentliche, d.h. nicht auf den Haushalt bezogene Arbeit verrichten.

Auch die Scheidung zwischen zwei Ehepartnern vollzieht sich eigentlich - natürlich nur für den Mann - recht unproblematisch. Hier genügt es, seine Frau nur dreimal aus dem Haus zu werfen, und die Scheidung ist ausgesprochen. Die Frau darf dann natürlich nur das mitnehmen, was der Mann ihr im Laufe des Zusammenlebens geschenkt hat.

### Unterschiedliche Probleme - gemeinsame Aufgaben

Wie erfrischend war es doch da, mit der Vertreterin der Provisorischen Revolutionären Regierung Südvietnams, der Außenministerin Madame Binh, zu diskutieren. Gerade in Vietnam hat in seiner wechselvollen Geschichte die Teilnahme der Frauen am Kampf um nationale Unabhängigkeit eine lange Tradition. Die Frauen haben hier nicht nur aktiv am Kampf um die nationale Befreiung von den französischen Kolonialisten teilgenommen, sondern auch einen großen Beitrag zum Widerstandskampf gegen die Aggression der USA geleistet.

Viele Länder, unterschiedliche Probleme - keine Diskussionsgrundlage, so könnte man auf den ersten Blick annehmen. Aber das wäre falsch. Und so wurde denn auch auf diesem Kongreß der Versuch unternommen, die Gemeinsamkeiten der Frauen aller Länder im Kampf



um ihre Rechte herauszuarbeiten.

Es wurde festgestellt, daß in den meisten Ländern der Welt die Frau bis heute ihre untergeordnete Rolle als eine offensichtliche Tatsache akzeptiert hat. Dies ist in erster Linie bedingt durch die Erziehung und die Stellung der Frau in der Gesellschaft, die durch Generationen festgeschrieben wurde:

Die Frau steht am Herd, bringt die Kinder zur Welt, versorgt den Mann usw. usf.

Die Ursache für diese Rolle der Frau liegt in der wahren Natur der Gesellschaft und ihrer Gesetze - d.h. es genügt nicht, die Gleichberechtigung auf dem Papier anzubieten, sondern sie muß im politischen, ökonomischen und sozialen Bereich durchgesetzt werden.

Entscheidend für die Weiterentwicklung der Gesellschaft und damit verbunden für die Durchsetzung der Gleichberechtigung der Frau ist die Frauenbewegung, die erkannt hat, wie

ungerecht die Situation der Frauen ist, und die den Kampf dagegen aufgenommen hat. Die Bedeutung und Vorbereitung einer solchen Bewegung ist größtenteils abhängig von dem Bewußtsein der fortschrittlichsten Menschen in dem jeweiligen Land und der Bewegungsfreiheit, die man ihr läßt bzw. die sie sich erkämpft.

Dies bedeutet in der Konsequenz, daß der Kampf der Frauen um Gleichberechtigung nicht losgelöst gesehen werden kann vom Kampf um Freiheit, Demokratie und Frieden. Das heißt aber auch, daß Männer und Frauen gemeinsam für diese Ziele eintreten müssen.

Die Delegierten des Kongresses haben erkannt, daß sie gemeinsam mit den Männern für die Rechte der Menschen in Palästina, in Südafrika, gegen den Krieg in Vietnam, Laos und Kambodscha kämpfen müssen, um ihre Ziele zu erreichen und ihre Situation zu verändern.

## Interview mit Madame Nguyen Thi Binh, Außenministerin der Republik Südvietnam

Aus der Bundesrepublik nahmen als Vertreter des Antimperialistischen Solidaritätskomitees Renate Janßen (DFG/VK) und Peter Dietzel vom Sekretariat des ASK teil.

Ihnen gewährte Madame Nguyen Thi Binh, die die Schlußsitzung des Kongresses leitete, ein Interview zur Situation in Südvietnam und zum Anteil der vietnamesischen Frauen und Mädchen am nationalen Befreiungskampf ihres Volkes.



Peter Dietzel, Renate Janßen und Madame Binh (v. l. n. r.) in Kairo.

**Frage:** Mehr als zwei Jahre nach der Unterzeichnung des Pariser Abkommens zeigt es sich immer deutlicher, daß das Abkommen von der Saigoner Verwaltung und der sie stützenden US-Regierung nicht eingehalten wird. Die militärischen Auseinandersetzungen haben sich vielmehr verschärft. Wie schätzen Sie die gegenwärtige Situation ein, und welche Möglichkeiten sehen Sie noch für eine Verwirklichung des Abkommens?

**Madame Binh:** Zwei Jahre nach der Unterzeichnung des Pariser Vietnam-Abkommens können wir sehr klar erkennen, daß die USA nicht bereit sind, die neokolonialistischen Ziele ihrer Politik in Südvietnam aufzugeben. Mit der Unterzeichnung des Abkommens verfolgten sie lediglich die Absicht, die Formen ihrer Einmischung zu ändern. Dabei ist die Saigoner Verwaltung in den vom Thieu-Regime kontrollierten Gebieten ein Hilfsmittel der US-Regierung zur Durchsetzung ihrer Ziele.

Diese Politik der Sabotage des Pariser Abkommens wird deutlich durch Akte militärischer Aggression im Rahmen der sogenannten "Befreiungskampagne". In einigen Gebieten ist die Situation daher äußerst gespannt. Die Sabotagepolitik zeigt sich jedoch nicht nur auf militärischem Gebiet, sondern auch auf der politischen, wirtschaftlichen und selbst auf der kulturellen Ebene. Dabei setzen die USA alle ihnen zur Verfügung stehenden Mittel ein - bis hin zur offenen Gewaltanwendung. Bis heute wurden auf diese Weise einige Tausend Verletzungen des Abkommens registriert.

Wie Sie wissen, war die Politik der Provisorischen Revolutionären Regierung (PRR) von



Anfang an auf die strikte Einhaltung des Abkommens gerichtet. Zugleich haben wir den Kampf gegen die ständigen Verletzungen des Abkommens aufgenommen. Diese Politik hat sich als völlig richtig erwiesen, und die Situation entwickelte sich von Tag zu Tag mehr zugunsten der PRR.

Es sind die USA, die es bisher abgelehnt haben, das Abkommen zu respektieren. Alle Schichten des vietnamesischen Volkes hängen sind für seine Verwirklichung - für Frieden, nationale Eintracht und Versöhnung.

Wir glauben, daß wir in dieser neuen Phase unseres Kampfes wichtige Erfolge haben erringen können. Und wir hoffen, daß wir unser Ziel letztlich erreichen werden. So konnten wir der Sabotagepolitik gegen das Abkommen bereits schwere Niederlagen bereiten. Die Saigoner Verwaltung versuchte durch militärische Übergriffe auf die von der PRR kontrollierten Zonen, die befreiten Gebiete zu vernichten. Wir haben diese Angriffe mit Erfolg abwehren und den Gegner sogar zurückdrängen können, indem wir seine Angriffsbasen zerschlugen.

Frage: Bedeutet die Erklärung der PRR vom 8. Oktober des letzten Jahres, in der die Ablösung Thieus gefordert wird, daß Ihre Regierung das Pariser Vietnam-Abkommen nicht mehr für realisierbar hält?

Madame Binh: Nein, im Gegenteil. Die Erklärung vom 8. Oktober 1974 entspricht ganz und gar dem Geist des Pariser Abkommens. Denn: Thieu stellt ein wesentliches Hindernis für die Verwirklichung des Abkommens dar. Wenn wir seine Ablösung fordern, dann nur, um eine volle Anwendung des Abkommens zu ermöglichen.

Frage: Sie selbst sind ein hervorragendes Beispiel für die aktive Teilnahme der vietnamesischen Frauen am Kampf ihres Volkes. Wie hat dieser Kampf die Rolle der Frau in der vietnamesischen Gesellschaft verändert, und welche Kampfaufgaben erfüllen die Frauen und Mädchen Vietnams in der gegenwärtigen Situation?

Madame Binh: Die Teilnahme der Frauen am Kampf um nationale Unabhängigkeit hat in der wechselvollen Geschichte Vietnams eine lange Tradition. So wurden die beiden Schwestern Trung, die bereits im Jahre 40 v. Chr. für dieses Ziel kämpften, zu Nationalheldinnen unseres Volkes. Die Frauen haben aktiv am Kampf um nationale Befreiung vom Joch des französischen Kolonialismus teilgenommen. Noch umfassender wurde ihr Beitrag am Widerstandskampf gegen die US-Aggression und für das nationale Wohl.

Die Teilnahme der Frauen an diesen Kämpfen hat ihre politischen und intellektuellen Fähig-

keiten verstärkt und zur Geltung gebracht. Dank dieser Tatsache hat ihre Rolle in Familie und Gesellschaft eine grundlegende Wandlung erfahren. Wie Sie vielleicht wissen, bestehen wichtige politische Organisationen unserer Heimat im wesentlichen aus Frauen und werden von ihnen geleitet. Frauen arbeiten in der Produktion und nehmen auch an militärischen Aktionen teil, denn unser Kampf ist der Kampf des ganzen Volkes.

Zwei Minister im Kabinett der PRR sind Frauen. Der stellvertretende Oberkommandierende unserer Befreiungstreitkräfte ist eine Frau; sie ist zugleich Präsidentin der "Union der Frauen für die Befreiung Südvietnams".

Frage: Wie sehen Sie die aktuellen Aufgaben der internationalen Solidaritätsbewegung mit dem vietnamesischen Volk?

Madame Binh: Das Pariser Vietnam-Abkommen stellt einen großen Sieg im Kampf unseres Volkes dar. Er ist das Resultat eines mehr als 25 Jahre währenden Widerstandes gegen die Aggression. Aber wir wissen auch, daß die Solidaritätsbewegung all jener Kräfte, die in der Welt für Frieden und Gerechtigkeit eintreten, einen wichtigen Beitrag zu diesem Sieg geleistet hat.

Was die gegenwärtige Etappe unseres Kampfes angeht, so meinen wir, daß die internationale Solidarität auch weiterhin einen bedeutenden Faktor darstellt bei der Unterstützung unserer Bemühungen, die volle Anwendung des Pariser Vietnam-Abkommens durchzusetzen.

Um es noch konkreter zu sagen: Wir meinen, daß die uns befreundeten Kräfte in aller Welt aktiv sein müssen, um die USA zu zwingen, das Pariser Abkommen zu respektieren.

Eine andere Aufgabe besteht darin, uns zu stärken für den Wiederaufbau unseres Landes. In den Gebieten, die bereits befreit sind, bemühen wir uns, unserem Volk so schnell wie möglich normale Lebensbedingungen zu schaffen. Dieser Kampf ist ebenfalls äußerst hart, denn Sie können sich kaum eine Vorstellung davon machen, welche Verwüstungen die US-Aggression auf unserem Boden angerichtet hat.

**Adressenänderung  
bitte  
rechtzeitig  
bekanntgeben!**



# Vietnam

Wolfgang Ritter

## Der Bankrott der US-Politik in Indochina

25 Jahre nach Beginn des Widerstandes gegen die Aggression und Einmischung der USA in Südvietnam erreichen die revolutionären Kräfte gegenwärtig Erfolge, die der Präsident der Provisorischen Revolutionären Regierung, Nguyen Huu Tho, als einen "Wendepunkt von strategischer Bedeutung für die Situation in Südvietnam"<sup>1)</sup> würdigte.

Gleichzeitig fallen in Kambodscha 5 Jahre nach Bildung der Nationalen Einheitsfront (FUNK) und der Volksbefreiungstreitkräfte (FAPINK) wichtige Entscheidungen.

### Kambodscha: Lon Nol verläßt das Land

Trotz verstärkter Militärhilfe der USA an das Lon Nol-Regime, wie der Gewährung eines 82,5 Mio Dollar Kredits zur weiteren Kriegsführung, trotz der Einrichtung einer Luftbrücke nach Phnom Penh, über die ununterbrochen Waffen und Munition geliefert werden, gelang es nicht, den Vormarsch der Befreiungstreitkräfte aufzuhalten. Der Ring um Phnom Penh schließt sich immer enger.

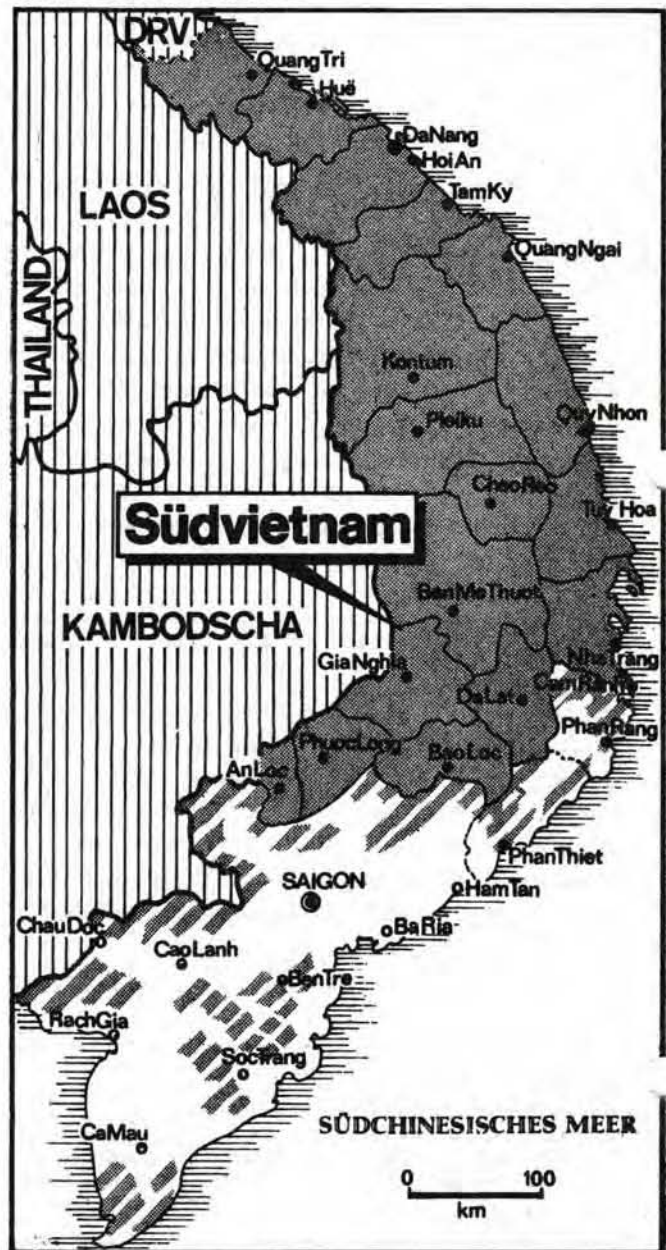
Wie hoffnungslos die Situation in Kambodscha für den US-Imperialismus und seine Handlanger ist, wurde endgültig klar, als selbst die Amerikaner ihre Botschaftsangehörigen evakuieren ließen und Lon Nol, der Kopf der Verräterclique, am 1. April 1975 ins Ausland flüchtete. Damit ist die Zeit der Befreiung Phnom Penhs, der letzten Zufluchtsstätte der Aggressoren, gekommen. Den Nachfolgern Lon Nols bleibt angesichts der derzeitigen Lage nur die bedingungslose Kapitulation.

### Südvietnam: Wer Wind sät, wird Sturm ernten

Im Zeitraum von Mitte März bis Anfang April d.J. gelang es der Nationalen Befreiungsfront Südvietnams (FNL), nunmehr Dreiviertel des Landes von der Herrschaft des Saigoner Diktators Thieu zu befreien.

Der bevorstehende Zusammenbruch des Thieu-Regimes bedeutet zugleich die Bankrotterklärung der Politik der USA, die unter ständiger Verletzung des Pariser Vietnam-Abkommens versuchten, ihre neokolonialistischen Ziele in Südvietnam durchzusetzen.

Die Pläne der Saigoner Verwaltung, durch militärische Operationen die befreiten Gebiete unter ihre Kontrolle zu bringen, durch die



Stand vom 6. April 1975

Einkerkierung von 200.000 politischen Gefangenen und durch die Beseitigung jeglicher demokratischer Freiheiten die Bildung des Nationalen Rates der Eintracht und Versöhnung zu verhindern, sind damit gescheitert. In den mehr als 2 Jahren seit der Unterzeichnung des Pariser Vietnam-Abkommens zeigte sich, daß das völlig von den USA abhängige Thieu-Regime mit allen Mitteln versuchte, die Anwendung seiner Bestimmungen zu sabotieren.

So sah sich das Oberkommando der Volksbefreiungstreitkräfte schon im Oktober 1973 ver-



anlaßt, den Angriffen der Marionettentruppen zu begegnen und gegen die Ausgangspunkte der Aggression vorzugehen, um die Einhaltung des Abkommens zu erzwingen.

Der Sturz des Thieu-Regimes wurde somit zur Voraussetzung, den Weg für Verhandlungen zu öffnen und die zentralen Punkte des Abkommens, also das Recht auf Unabhängigkeit und Selbstbestimmung, die nationale Eintracht und Versöhnung und die friedliche Wiedervereinigung des Landes Wirklichkeit werden zu lassen. Diejenigen, die Wind gesät hatten, ernteten Sturm.

#### Saigoner Verwaltung organisiert weiteres Massenelend

Für die bürgerliche Presse der sogenannten westlichen Welt kam der Untergang des Saigoner Diktators allerdings überraschend, waren seine Truppen doch soweit wie nur möglich von den USA ausgerüstet worden, die Luftwaffe von der Ausrüstung her die drittstärkste der Welt; außerdem leiteten 26.000 amerikanische Militärberater die Operationen der Saigoner Armee.

Indessen waren die katastrophalen wirtschaftlichen Verhältnisse, eine horrende Preissteigerungsrate - eine durch und durch korrupte Verwaltung sowie anhaltende Repressalien gegen die Bevölkerung nicht dazu angetan, die Menschen für die Saigoner Machthaber zu gewinnen. Die endgültige Niederlage vor Augen, griff Thieu zu Maßnahmen, mit denen einst die Repräsentanten des Hitler Faschismus ihr Ende aufzuhalten versuchten: Durch die Herabsetzung des Rekrutierungsalters auf 17 Jahre und die Einberufung von Reservisten bis zu 43 Jahren sollte ein letztes Aufgebot



Thieu-Söldner auf dem Rückzug

gegen die Befreiungstreitkräfte geschaffen werden.

Über die Flüchtlingsströme berichteten Journalisten aus dem Norden Südvietnams laut Spiegel vom 31.3.1975:

"So freiwillig wie es den Anschein hat, haben viele der Flüchtenden ihre Dörfer und Städte nicht verlassen."

Das heißt, daß die Bewohner mit Waffengewalt und der Drohung, jedes Gebiet nach dem Abzug der Saigoner Truppen sofort zu bombardieren, gezwungen wurden, ihre Heimat zu verlassen und den Söldnern Thieus als Kugelfang zu dienen.

Der Sinn dieser Aktion liegt darin, daß die Flüchtlinge in Lager und KZ-ähnliche Wehrdörfer eingepfercht werden, um sie politisch zu neutralisieren, d.h. um zu verhindern, daß sie die FNL unterstützen. Zum Teil scheiterte diese großangelegte Vertreibungsaktion, deren grauenhafte Folgen unübersehbar sind, am Widerstand der Bevölkerung und dem schnellen Vormarsch der Volksbefreiungstreitkräfte.

Unter den Angriffen der FNL lösten sich die als Aggressionswerkzeug der USA eingesetzten und von ihren Offizieren verlassenen Thieu-Truppen völlig auf. Während Saigons sogenannte Elitetruppen Massaker an der Bevölkerung verübten und sich Plätze in Flugzeugen und Schiffen freischossen, schlug sich ein großer Teil der Saigoner Soldaten auf die Seite der Befreier.

#### Thieus politische Isolierung wächst von Tag zu Tag

In Saigon versucht Thieu gegenwärtig durch die Verhängung des Kriegsrechts, Verschärfung der Pressezensur, Demonstrations- und Versammlungsverbote, die Opposition gegen sein Regime zu unterdrücken und durch die Bildung eines Kriegskabinetts unter dem Mäntelchen der "großen nationalen Einheit" seine Machtbasis zu vergrößern. Doch nicht einmal das gelang ihm: Nach einigen gescheiterten Bemühungen und Absagen sogenannter gemäßigter Oppositionspolitiker trat Ministerpräsident Tran Tien Khiem zurück. Auch Kräfte, die früher zu den Stützen des Regimes zählten, stellen sich heute gegen Thieu. Der Senat in Saigon, den seit Jahren seine Gefolgsleute kontrollierten, forderte eine neue Führung, da Thieu "ausschließlich eine militärische Lösung" angestrebt habe und des "Machtmißbrauchs, der Korruption und der sozialen Ungerechtigkeit" schuldig sei.<sup>2)</sup>

Thieus Isolierung ist damit bis zu dem Punkt fortgeschritten, wo seine totale politische



Niederlage nicht mehr zu verschleiern ist. Er selbst weiß dies offenbar genau, denn sein Palast in Saigon gleicht inzwischen einer Festung.

#### **Zusammenarbeit zwischen der „Dritten Kraft“ und den Befreiern**

Vu Van Mau, Senator und Führer der von buddhistischen Kreisen gegründeten Organisation "Kräfte der nationalen Versöhnung", die zur Dritten Kraft zu rechnen ist, erklärte in Saigon, daß der einzige Weg zum Frieden über eine politische Lösung führe, deren Ausgangspunkt das Pariser Abkommen sein müsse.

In den befreiten Gebieten schreitet die nationale Versöhnung zügig voran:

"In Hue, Da Nang und den anderen befreiten Städten haben die Mitglieder unseres Komitees den Befreiungstreitkräften ihre Mitarbeit angeboten" 3), sagte Vu Van Mau.

In den befreiten Provinzen wurde die FNL begeistert von der Bevölkerung empfangen. Während der Unterdrückungsapparat Thieus aufgelöst wird, beginnt die Provisorische Revolutionäre Regierung der Republik Südvietsnam (PRR) mit der unverzüglichen Einrichtung von demokratischen Volks-Verwaltungen auf allen Ebenen. Im Einklang mit den Interessen der Bevölkerung veröffentlichte die PRR ein 10-Punkte Programm, (s. weiter unten), das die Normalisierung des Lebens in den neu befreiten Gebieten sicherstellt. Inzwischen kehrten bereits Zehntausende der vom Thieu-Regime zu Flüchtlingen gemachten Menschen in ihre Heimatprovinzen zurück. In einem Appell der Nationalen Befreiungsfront wurde die Bevölkerung in den noch von der Saigoner Verwaltung kontrollierten Städten aufgerufen, sich gegen Thieu für die Schaffung einer Verwaltung zusammenzuschließen, die wirklich nach Frieden, Demokratie und nationaler Eintracht strebt.<sup>4)</sup> Die PRR bekräftigte ihre Bereitschaft, mit einer solchen Verwaltung unverzüglich Verhandlungen zur Lösung der Probleme in Südvietsnam aufzunehmen.

#### **USA setzen aggressive Politik fort**

Obwohl der Handlungsspielraum der USA für eine direkte militärische Intervention nur begrenzt ist, denkt die Regierung der Vereinigten Staaten nicht daran, ihre Politik prinzipiell zu ändern. Im Gegenteil, die Hilfe für Thieu wird noch gesteigert: Über eine Luftbrücke und durch die Entsendung weiterer mit Waffen und Munition beladener Schiffe wird der Diktator mehr denn je mit Kriegsmaterial versorgt, das z.T. aus Beständen der amerikanischen Nationalgarde abgezogen wurde.

Verteidigungsminister Schlesinger wollte bei einer "weiteren Verschlechterung" der Lage in Südvietsnam die Entsendung von amerikanischen Kampfflugzeugen "nicht ausschließen"<sup>5)</sup>, und Präsident Ford teilte mit, alle verfügbaren Schiffe der amerikanischen Marine angewiesen zu haben, "zu tun, was immer notwendig ist".<sup>6)</sup>

Was für einen Präsidenten der USA notwendig sein kann, demonstrierte schon Johnson im Jahre 1964, als die militärische Provokation in der Bucht von Tonking inszeniert wurde.<sup>7)</sup>

Inzwischen kreuzen zusammengezogene Einheiten der 7.US-Flotte in südvietsnamesischen Gewässern, ausgerüstet mit Waffen und Landungsbooten. Die auf der japanischen Insel Okinawa stationierten US-Truppen wurden in Alarmbereitschaft versetzt. Wie die Süddeutsche Zeitung vom 4.April 1975 berichtet, kam es daraufhin zu "Spannungen und Reibereien in der Truppe".

Um von den wirklichen Vorgängen in Vietnam abzulenken, organisierte Präsident Ford schließlich die systematische Verschleppung vietnamesischer Kinder: die Aktion "Babylift". Der Zweck der Aktion bestand laut Aussage des US-Botschafters in Saigon, Martin, darin, daß die "Baby-Luftbrücke" dazu beitragen werde, in der öffentlichen Meinung der USA einen Umschwung zugunsten Saigons herbeizuführen. Dieses Vorhaben wurde von Oppositionspolitikern als "unmenschlicher Plan der amerikanischen und der Saigoner Regierung für den Massenexport von Waisen zum Zwecke der Propaganda und mit der Absicht, Aufregung in der Welt hervorzurufen und mehr Hilfeleistungen anzufordern"<sup>8)</sup> enthüllt.

#### **Der Sieg des vietnamesischen Volkes – eine historische Niederlage des Imperialismus**

Für die USA bedeutet der Untergang ihrer Marionette Thieu die vorerst schwerste Niederlage im militärischen und politischen Bereich als imperialistische Führungsmacht seit Beendigung des 2.Weltkrieges.

Im militärischen Bereich scheiterten nacheinander trotz des Einsatzes einer riesigen Militärmaschinerie der Spezialkrieg Kennedys, der lokale Krieg Johnsons und das mit eskalierendem Bombenterror kombinierte Vietnamisierungs-Programm Nixons. Während der Zeit der direkten Intervention fielen 56.000 amerikanische Soldaten, 300.000 wurden verletzt; ein Drittel aller Kriegsflugzeuge wurde abgeschossen. Nachdem die Amerikaner 1973 gezwungen worden waren, ihre Truppen abzuziehen, ging auch das Konzept, ihre Marionette Thieu mit einem derartigen Waffenarsenal auszustaffieren, daß ihre neokolonialistischen



Interessen weiterhin gewahrt schienen, nicht auf.

In den USA selbst bewirkte der Krieg in Vietnam eine Steigerung der Inflationsrate, der Massenarmut, der Arbeitslosigkeit und anderer für das Land charakteristischer Systemkrankheiten. Es bildete sich eine gewaltige Anti-Kriegsbewegung, die dem militärisch-industriellen Komplex erstmals seit 1945 innenpolitische Grenzen außenpolitischer Gewaltanwendung setzte. Dieser Vorgang trug zweifellos dazu bei, eine Annäherung der USA an die Prinzipien der friedlichen Koexistenz durchzusetzen.

Im außenpolitischen Bereich gerieten die USA durch das Entstehen einer internationalen Protestbewegung und durch die Kritik und Pro-

minister deutete die Bereitschaft an, die rechtmäßige Regierung Kambodschas, die GRUNK, nach einer Rückkehr Sihanouks anzuerkennen. Schweden brach die Beziehungen zum Saigoner Regime ab und erhob das Informationsbüro der PRR in den Status einer Generalvertretung. In Den Haag verlangte der holländische Ministerpräsident Joop den Uyl die Abdankung des Diktators Thieu, weil er nicht die Bevölkerung Südvietnams repräsentiere und das Pariser Abkommen nie eingehalten habe. In vielen Ländern der Erde trägt die internationale Solidaritätsbewegung dazu bei, die Sabotage des Vietnam-Abkommens zu verhindern. In Japan z.B. scheiterte die Entsendung von Schiffen zur Unterstützung Thiens an Einspruch der Seeleute Gewerkschaft.



teste fast aller Verbündeter in eine weltweite Isolation. Während die Krisen in der NATO zunahm und die imperialistischen Militärpakte SEATO und CENTO das Stadium der Auflösung erreichten, wurde der Widerstand des tapferen vietnamesischen Volkes zum Symbol des erfolgreichen Kampfes einer nationalrevolutionären Befreiungsbewegung.

Der endgültige Untergang der Verrätercliquen in Phnom Penh und Saigon zeigt heute eine Niederlage mit weitgehenden Konsequenzen. Auch in vielen kapitalistischen Industriestaaten setzt sich eine realistischere Haltung zur Entwicklung in Indochina durch. Japans Außen-

Die Niederlage des US-Imperialismus führte zu einer weitgehenden Verunsicherung des imperialistischen Lagers, so daß überall Zweifel in bezug auf die Bündnistreue der USA auftauchen. Es werden Befürchtungen geäußert, ob denn Washington seine Rolle als Weltgendarm weiter ausüben können.

#### **Bonn unterstützt die Aggressoren**

Angesichts einer derart schwierigen Lage für den US-Imperialismus übernimmt die Regierung der BRD eine besonders unrühmliche Rolle. Anstatt die neuen US-Interventionsdrohungen zu verurteilen, versucht man in Bonn, das an-



geschlagene Image der Aggressoren wieder aufzupolieren. Der SPD-Vorsitzende, W. Brandt, der während seiner Amtszeit als Kanzler selbst zu den grauenhaften Weihnachtsbombardements 1972 kein Wort der Kritik äußerte, warnte nach seiner Amerikareise davor, den "großen Verbündeten allein zu lassen" oder gar mißtrauisch zu werden<sup>9)</sup>. Bundeskanzler Schmidt wollte sich auf gar keinen Fall auf eine "antiamerikanische Linie" festlegen lassen,<sup>10)</sup> und Bundesverteidigungsminister Leber schließlich fand es schlimm,

"daß sich in dieser Situation niemand vernehmen läßt, der mit der gleichen moralischen Qualität und Überzeugung den Kommunisten entgegentritt, wie man den Amerikanern entgegentrat, als sie noch in Vietnam waren." <sup>11)</sup>



Der Politik des festen Bündnisses mit den Kriegsverbrechern in den USA und Saigon entspricht die direkte Einmischung in Vietnam durch die vorgesehene Entsendung von Frachtern, deren Aufgabe nur darin besteht, geschlagene Thieu-Söldner für den Endkampf in Saigon einzusammeln und der weiteren Vertreibung der Bevölkerung in die KZ des Regimes Vorschub zu leisten. Um so zynischer klingt es, wenn man anschließend "humanitäre Hilfe", die mit Sicherheit zum großen Teil in den dunklen Kanälen der korrupten Saigoner Verwaltung verschwindet, bereitstellen will.

In dieses Bild fügt sich nahtlos die Hetzkampagne der bürgerlichen Medien in der BRD ein, für die nur die große Lüge von der "Aggression des Vietcong" und der "Flucht vor den Kommunisten" existiert. A. Weinstein, Ex-Generalstänbler der Hitler Armee, scheute sich nicht, in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung dem "kolonialen Charme" Da Nangs nachzutruern<sup>12)</sup>, während in der Stadt marodierende Thieu-Soldaten wehrlose Kinder, Frauen und Greise umbrachten.

Daher müssen alle fortschrittlichen Kräfte ihre Anstrengungen jetzt vervielfachen, um von der Bundesregierung die Verurteilung jeder Interventionsdrohung, die Anerkennung der PRR und der DRV und die Unterlassung jeglicher Unterstützung für das Thieu-Regime zu erzwingen.

Das in diesem Heft abgedruckte Dokument der PRR, das 10-Punkte-Programm für den Aufbau in den neu befreiten Gebieten, verfehlt unterdessen nicht seine Wirkung. Für die Bevölkerung bedeutet die Durchsetzung des Programms eine Stabilisierung und Normalisierung der Lage in einer verhältnismäßig sehr kurzen Zeit und den Beginn eines neuen Lebens in Freiheit.

In Da Nang beispielsweise sind inzwischen die Krankenhäuser, Schulen und Läden wieder geöffnet; erste kulturelle Veranstaltungen fanden breiten Anklang bei den Einwohnern. Auch die Industriebetriebe nahmen die Arbeit wieder auf.

Im Gegensatz zur korrupten Thieu-Verwaltung, deren wichtigste Aufgaben die Ausplünderung und Unterdrückung des Volkes waren, sind die Funktionäre und Mitarbeiter der PRR angewiesen, Leben und Eigentum der Bevölkerung zu schützen und die demokratischen Freiheiten zu garantieren. Alle Gruppen und Schichten des Volkes sollen sich zum Aufbau der befreiten Zonen und eines neuen glücklichen Lebens vereinen.

#### Anmerkungen:

- 1) Kommuniqué über die Beratungen des Konsultativrates der PRR und der Regierung der Republik Südvietsnam, Neues Deutschland (ND), 1.4.1975
- 2) Beschluß des Senats in Saigon, Süddeutsche Zeitung (SZ), 3.4.1975
- 3) Unsere Zeit (UZ), 5.4.1975
- 4) 7-Punkte Erklärung der PRR, s. UZ, 1.4.1975
- 5) SZ, 4.4.1975
- 6) SZ, 5./6.4.1975
- 7) Im August 1964 dringt der US-Zerstörer 'Maddox' in Gewässer der DRV ein und veranlaßt dadurch Patrouillenboote der DRV zum Eingreifen. Wie sich mit der Veröffentlichung der sogenannten Pentagon Papiere herausstellte, war dieses Manöver eine geplante Provokation der US-Regierung, um die darauffolgende Bombardierung ganz Vietnams und die Entsendung von Interventionsstruppen in diesen von den USA nie erklärten Aggressionskrieg zu rechtfertigen.
- 8) SZ, 7.4.1975
- 9) Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 4.3.1975
- 10) FAZ, 2.4.1975
- 11) FAZ, 5.4.1975
- 12) FAZ, 27.3.1975



# Provisorische Revolutionäre Regierung der Republik Südvietsnam

## Programm für ein neues Leben

1 Völlige Abschaffung des Thieu-Regimes und des Verwaltungsapparats, der Streitkräfte und aller Organisationen, aller Verordnungen und aller Formen der Unterdrückung und des Zwanges der Marionettenverwaltung – rascher Aufbau der revolutionären Volksverwaltung auf allen Ebenen in den neu befreiten Gebieten.

Alle Dienststellen der ehemaligen Marionettenverwaltung werden von der revolutionären Verwaltung übernommen. Funktionäre der Marionettenverwaltung dürfen unter der revolutionären Verwaltung weiterarbeiten und müssen sich strikt an deren Richtlinien und politische Grundsätze halten.

Alle reaktionären Parteien und anderen politischen Organisationen, die mit den USA-Imperialisten und mit der Marionettenverwaltung kollaboriert haben, werden aufgelöst.

2 Gewährung demokratischer Freiheiten für das Volk sowie der Gleichberechtigung der Geschlechter.

Garantie der Glaubensfreiheit sowie der Einheit und Gleichheit der Religionen. Die Freiheit des Volkes zur Religionsausübung wird respektiert – Pagoden und Kirchen, heilige Stätten und Tempel werden geschützt.

3 Durchführung einer Politik umfassender nationaler Einheit, nationaler Versöhnung und Eintracht und Widerstand gegen den aggressiven Imperialismus. Strenges Verbot aller Handlungen, die zu Zwietracht, Haß oder Mißtrauen im Volke oder unter den verschiedenen ethnischen Gruppen führen können.

Alle, ob reich oder arm, ungeachtet ihrer Nationalität, Religion oder politischen Einstellung, müssen sich in gegenseitiger Achtung und Unterstützung zum Aufbau der befreiten Zone und des neuen, glücklichen Lebens vereinen.

Angehörige nationaler Minderheiten sind in jeder Hinsicht ihren Landsleuten der ethnischen Mehrheitsgruppe gleichgestellt. Sie erhalten hingebungsvollen

Beistand bei der Entwicklung ihrer Wirtschaft und Kultur sowie bei der Verbesserung ihrer Lebensbedingungen.

4 Allen in der befreiten Zone lebenden Menschen steht es frei, ihrer Tätigkeit nachzugehen – sie sind verpflichtet, Recht und Gesetz zu achten und die Revolution zu unterstützen.

Die revolutionäre Volksverwaltung wird sich entschlossen und rechtzeitig mit allen Sabotageplänen oder -handlungen oder Gegenangriffen des Feindes befassen. Schwer bestraft werden Elemente, die sich gegen die revolutionäre Verwaltung, gegen Recht und Gesetz, gegen Leben, Eigentum und Ehre der Bürger oder gegen öffentliches Eigentum unter der Obhut der revolutionären Verwaltung vergehen.

5 Von der Marionettenverwaltung zurückgelassenes Eigentum wird von der Provisorischen Revolutionären Regierung Südvietsnams verwaltet.

6 Alle Industrie- und Handwerksbetriebe, alle Handels-, Verkehrs- und Fernmeldeeinrichtungen und alle anderen öffentlichen Einrichtungen müssen im Interesse der Volkswirtschaft und zum Nutzen des Volkes weitergeführt werden.

Große Aufmerksamkeit wird der Wiederaufnahme der Produktion und der Normalisierung des Lebens der Bevölkerung gewidmet. Arbeitslosen und anderen Werktätigen werden Arbeitsplätze zur Verfügung gestellt.

Geschäftsleuten wird ihr Eigentum garantiert, und es wird ihnen erlaubt, ihre Geschäfte im Interesse der Nation und des Volkes weiterzuführen.

Besondere Fürsorge wird den Waisen, Invaliden und alten Menschen zuteil.

7 Die Bauern werden bei der Wiederaufnahme und der Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktion unterstützt. Außerdem wird Unterstützung für Fischerei, Salzgewinnung und Forstwirtschaft gewährt.



Die Besitzer von Industriepflanzen- und Obstplantagen werden ermuntert, ihre Tätigkeit fortzusetzen.

8 Alle kulturellen, wissenschaftlichen und technischen Einrichtungen, alle Schulen und Krankenhäuser werden im Dienste des Volkes wieder geöffnet. Alle Einrichtungen, die der reaktionären, dekadenten und versklavenden Kultur des USA-Imperialismus und der Marionettenverwaltung dienen, werden strikt verboten.

9 Strikte Verwirklichung der am 25. März von der Provisorischen Revolutionären Regierung der Republik Südvietsnam angenommenen Grundsätze hinsichtlich der Offiziere und Soldaten der Marionettenverwaltung.

Soldaten, Offiziere, Polizisten, Kriegsbeschädigte, Veteranen und Staatsbedienstete, die die feindlichen Reihen verlassen und in die befreite Zone kommen oder in den befreiten Gebieten bleiben und sich bei der revolutionären Verwaltung melden, erhalten Hilfe bei der Aufnahme von Arbeit oder können entsprechend ihren Fähigkeiten von der neuen Verwaltung beschäftigt werden. Verdienstvolle Personen werden belohnt, solche, die gegen die Revolution arbeiten, schwer bestraft. Straftäter, die echte Reue zeigen, werden begnadigt.

10 Leben und Eigentum von Ausländern sind geschützt. Alle im Lande lebenden Ausländer müssen die Unabhängigkeit und Souveränität Vietnams respektieren und sämtliche Richtlinien und Maßnahmen der Revolutionären Regierung strikt einhalten.

Ausländische Einwohner, die sich am Kampf des Volkes um Unabhängigkeit, Freiheit und nationalen Aufbau beteiligen, sind willkommen.

Die Provisorische Revolutionäre Regierung ruft abschließend alle Landsleute auf, diese Grundsätze bei ihren energischen Anstrengungen zum Schutze und Aufbau der befreiten Zone gewissenhaft zu respektieren und voll und ganz einzuhalten. Sie appelliert an Kader, Kämpfer und Mitarbeiter der revolutionären Verwaltung, sich beispielgebend an diese Grundsätze zu halten, sie der Bevölkerung zu erläutern und zu zeigen, wie sie am besten realisiert werden können.



Szenen, die für sich sprechen: Soldaten der Befreiungsarmee und Einwohner aus Da Nang in herzlichem Gespräch



# UNO/Nichtpaktgebundene Länder

Wolfram Bröner, Eckhard Probst

## Der Zusammenschluß der Entwicklungsländer und die neue UN-Charta

Die Fortschrittskräfte in aller Welt werteten die Verabschiedung einer neuen Wirtschafts-Charta durch die große Mehrheit der XXIX. Vollversammlung der Vereinten Nationen als eine historische Wende im Kampf der jungen Nationalstaaten und der sie unterstützenden sozialistischen Länder in der internationalen Arena. Wurden die Entwicklungsländer vormals von den imperialistischen Großmächten auf internationalen Foren lediglich als Bittsteller registriert, so konnte der algerische Staatspräsident und Sprecher der "Dritten Welt", Houari Boumedienne, auf der 6. UN-Sondertagung im April 1974 feststellen, daß das Streben der Völker und Staaten der "Dritten Welt" nach einer Neuordnung der internationalen Weltwirtschaft und Arbeitsteilung gegenwärtig "in eine ganz neue und entscheidende Phase des Emanzipationskampfes"<sup>1)</sup> eintritt. Die Tatsache aber, daß nun die entscheidenden Forderungen der "Dritten Welt" zu Rohstofffragen und wirtschaftlicher Entwicklung durch die UN-Vollversammlung zum Völkerrecht erhoben wurden, stellt nicht zuletzt ein Ergebnis des engeren Zusammenschlusses der Entwicklungsländer, ihres gewachsenen Selbstbewußtseins und Einflusses auf die Weltpolitik dar.

### Bewegung der Nichtpaktgebundenheit

Der Grundstein zu dieser neuen Rolle der heute rund 100 Entwicklungsländer wurde bereits in den 50er und 60er Jahren mit der Formierung der fortgeschrittensten jungen Nationalstaaten Afrikas, Asiens und Lateinamerikas in der Bewegung nichtpaktgebundener bzw. blockfreier Staaten gelegt.

Im Zuge des beschleunigten Zusammenbruchs des Kolonialsystems und des weiteren Aufschwungs des nationalen und sozialen Befreiungskampfes gewann diese Bewegung der Nichtpaktgebundenheit kontinuierlich an Breite hinzu. So stieg die Zahl der Teilnehmerstaaten von 25 bei der 1. Gipfelkonferenz in Belgrad 1961 auf 75 Staaten<sup>2)</sup> an der 4. Gipfelkonferenz in Algier vom September 1973. Die Tatsache, daß sich dort fast zwei Drittel aller UNO-Mitgliedstaaten und über 90% all

der Länder der "Dritten Welt", die seit dem 2. Weltkrieg ihre Eigenstaatlichkeit errangen, zusammenfanden, macht den außerordentlich repräsentativen Charakter dieser Bewegung deutlich.

In ihrem Ringen um politische und ökonomische Unabhängigkeit vereinte die nichtpaktgebundenen Länder von Anbeginn die Einsicht, daß Erfolge nur im gemeinsamen, solidarischen Vorgehen gegen die imperialistische Strategie der militärischen Blockbildung, Bevormundung



und Ausplünderung durchzusetzen sei. Diese politische Grundlinie fand ihren Niederschlag nicht nur in zahlreichen Konferenzdeklarationen und Initiativen (etwa zur Solidarität mit den Völkern Indochinas, zur Isolierung des portugiesischen Kolonialismus, Südafrikas oder Israels), sondern auch in der wachsenden Zusammenarbeit mit dem sozialistischen Lager und dem erhöhten Gewicht der Länder des nichtkapitalistischen Entwicklungsweges. Spiegelbild dessen ist H. Boumediennes Funktion als Sprecher sowohl der nichtpaktgebundenen als auch der Entwicklungsländer oder die Wahl des algerischen Außenministers Boueflika zum Präsidenten der XXIX. UN-Vollversammlung.

### Algier 1973: klare antiimperialistische Orientierung

In den Konferenz-Dokumenten von Algier hatten die Teilnehmerstaaten besonders den en-



gen Zusammenhang ihres Ringens um nationale Unabhängigkeit mit dem Voranschreiten des Entspannungsprozesses betont, d.h. die Begünstigung ihres Emanzipationskampfes durch die weltweite Durchsetzung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz, durch die Auflösung der Militärblöcke und eine allgemeine Reduzierung der Rüstungslasten.

Als künftige Aufgaben und Ziele der Bewegung der nichtpaktgebundenen Länder formulierte die 4. Gipfelkonferenz von Algier u.a.:

■ den gemeinsamen Widerstand, einschließlich der militärischen Unterstützung der Befreiungsorganisationen, gegen verbliebene Kolonialbastionen und imperialistische Aggressionsakte bzw. Komplote zu organisieren;

■ den Kampf zur "Sicherung und Festigung der nationalen Unabhängigkeit und des ökonomischen und sozialen Fortschritts der Völker" 3) auf eine neue Stufe zu heben; dieser Kampf richtet sich gegen die ökonomische Ausbeutung, Erpressungs- und Drohpolitik der imperialistischen Staaten, gegen die ungleichen internationalen Handels-, Finanz- und Währungsbeziehungen sowie gegen die gefährlichen, die nationale Souveränität der Entwicklungsländer untergrabenden Praktiken der multinationalen Konzerne;

■ die Forderung nach Anerkennung des souveränen Rechts der Entwicklungsländer, ihre Bodenschätze und ausländische Industrieanlagen zu nationalisieren, auf eine völkerrechtliche Grundlage zu stellen; und

■ den Zusammenschluß in regionalen Wirtschaftsorganisationen und Vereinigungen der Rohstoffproduzenten zu forcieren, um sich so stärkere Verhandlungspositionen zu sichern und effektivere Verteidigungsmaßnahmen ergreifen zu können.



Mit Algeriens Außenminister Bouteflika wählte die letzte UN-Vollversammlung erstmals einen Vertreter der "Dritten Welt" zum Präsidenten.

Zu der Bedeutung der Bewegung der nichtpaktgebundenen und der OPEC-Staaten bei der Durchsetzung der Forderungen der "Dritten Welt" wie bei der Vereinbarung antiimperialistischer Positionen in den Vereinten Nationen zeichnete Houari Boumediene auf der 6. Sondertagung der UNO im April 1974 folgendes Bild:

"Nach der 4. Gipfelkonferenz der blockfreien Länder, die alle Förderländer der Dritten Welt aufgerufen hat, sich zur Verteidigung ihrer Rohstoffpreise zusammenzuschließen, entsprach das Vorgehen der erdölexportierenden Länder genau dem, was die Entwicklungsländer als grundsätzlich vorrangig erkannt haben.

Das Vorgehen der OPEC-Länder veranschaulichte erstmals und zugleich aufsehenerregend, wie wichtig die Rohstoffpreise für unsere Länder sind und wie lebensnotwendig es für die Industrieländer ist, auch künftig am Preisschalthebel zu sitzen; und schließlich, über welche beachtlichen Möglichkeiten die rohstofffördernden Länder verfügen, wenn sie sich zusammenschließen.

Unter diesem Aspekt dürfen die Entwicklungsländer die Aktion nicht als ein Problem betrachten, wie jene es ihnen suggerieren, die die Dritte Welt spalten wollen, sondern vielmehr als ein Exempel, als einen Hoffnungsschimmer." 4)

Die von den 13 Mitgliedsstaaten der "Organisation für erdölexportierende Länder" (OPEC) in den letzten Jahren gesammelten Erfahrungen übten hierbei eine nachhaltige Beispielwirkung aus. Mit ihrer Durchbrechung des Preisdiktats der multinationalen Ölkonzerne seit 1972, mit entschiedenen Nationalisierungsmaßnahmen - voran Algeriens und des Irak - sowie mit dem Einsatz des Öls als politische Waffe im Oktoberkrieg 1973 seitens der arabischen Länder wurde der praktische Beweis dafür erbracht, daß ein gemeinsames, solidarisches Vorgehen der Entwicklungsländer - trotz ihrer unterschiedlichen sozialökonomischen und politischen Systeme - nicht nur möglich ist, sondern auch, daß auf diesem Wege Erfolge gegen die imperialistische Druckpolitik sehr wohl durchsetzbar sind. Ihr Beispiel fand Nachahmung bei den in der CIPEC (Comité intergouvernemental des Pays exportateurs de Cuivre = Zwischenstaatliches Komitee der kupferexportierenden Länder) zusammengeschlossenen kupferproduzierenden Ländern und zog ein selbstbewußteres Auftreten der Entwicklungsländer in regionalen Wirtschaftsorganisationen nach sich. Das trifft u.a. auf die Staaten des Andenpaktes oder auf die mit der EWG assoziierten afrikanischen Länder zu, traten doch letztere erstmals 1973/74 in die Verhandlungen mit den EWG-Staaten als 'geschlossener Block' und mit weitreichenden Forderungen auf.



## Die UNO-Rohstoffkonferenz 1974

Die schrittweise Verankerung der Grundforderungen der "Dritten Welt" in den Vereinten Nationen erfolgte über verschiedene Ebenen der Weltorganisation, so über die "Konferenz für Handel und Entwicklung" (UNCTAD), die "Organisation für Industrielle Entwicklung" (UNIDO), die 6.Sondertagung der UNO vom April/Mai 1974 bis hin zum Plenum der XXIX. UN-Vollversammlung Ende 1974.

Der von Mexikos Präsident Echeverria stammende Vorschlag zur Ausarbeitung einer "Charta der ökonomischen Rechte und Pflichten der Staaten" geht auf eine Konferenz der UNCTAD vom Mai 1972 zurück. Damals bildete man eine aus vierzig Vertretern von UN-Mitgliedsstaaten zusammengesetzte Kommission, die zwischen Februar 1973 und April 1974 die Grundprinzipien der Charta erarbeitete. Parallel dazu fand auf Initiative der nichtpaktgebundenen Länder die 6.Sondertagung der UNO statt, die sich mit der "Untersuchung der Rohstoffprobleme und der Entwicklung" als einzigem Tagesordnungspunkt beschäftigte. Sie beschloß mit großer Mehrheit - gegen den heftigen Widerstand der USA, Japans und der westeuropäischen Staaten - eine "Deklaration über eine internationale Wirtschaftsordnung" und ein "Aktionsprogramm".

Die Deklaration brachte den entschiedenen Willen der Entwicklungsländer zum Ausdruck,

"für die Herstellung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung zu wirken, die auf Gleichberechtigung, souveräner Gleichheit, wechselseitiger Abhängigkeit, gemeinsamer Zusammenarbeit zwischen allen Staaten beruht, unabhängig von ihrem ökonomischen und sozialen System." 5)

Die Deklaration bestätigt ferner das Recht jedes Landes auf

"volle permanente Souveränität über seine Naturschätze und alle seine ökonomischen Aktivitäten ... einschließlich des Rechts auf Nationalisierung oder Überführung der Eigentumsrechte an seine Bürger".

Ausdrücklich wird in dem Dokument festgestellt, kein Staat dürfe

"wirtschaftlichem, politischem oder irgendeiner anderen Form des Drucks unterworfen werden, um die freie und volle Ausübung dieses Rechts zu verhindern". 6)

Deklaration und Aktionsprogramm sehen an konkreten Schritten vor:

- Herstellung eines gerechten Verhältnisses zwischen Rohstoff- und Industriepreisen,
- Streichung der mittlerweile 97 Mrd US-Dollar Auslandsverschuldung der Entwicklungsländer,
- Reparationszahlungen der ehemaligen Kolonialmächte für die geraubten Naturschätze,
- Kontrolle der internationalen Monopole,
- Verzicht auf jegliche politische und militärische Bedingung bei der Gewährung von Wirtschaftshilfen,
- die Reform des westlichen Währungssystems.

Eine weitgehende Übereinstimmung dieses Forderungskatalogs mit den auf der Algier-Konferenz der nichtpaktgebundenen Staaten im September 1973 formulierten Zielpunkten ist unschwer erkennbar.

## Reaktionen der imperialistischen Staaten

Auf der 6. UN-Sondertagung ließen die imperialistischen Staaten nichts unversucht, um insbesondere jegliche Aussagen gegen die multinationalen Monopole und direkt gegen die Privilegien der Westmächte verwendbare Bestimmungen abzuwenden. Diese Versuche reichten von Hilfsangeboten bis zu Drohungen. Ihre Abstimmungs-niederlage auf der Sondertagung konnten sie freilich auch so nicht aufhalten. Der Chefdelegierte der USA diffamierte daraufhin die UNO-Mehrheit als "Abstimmungswalze".

Die USA und die westeuropäischen Staaten hatten nach der Methode "Haltet den Dieb" versucht, die Schuld an den Schwierigkeiten der kapitalistischen Industrieländer den erdölexportierenden Entwicklungsländern bzw.



**Hungertod, Massenerkrankungen, physische und psychische Gebrechen - wie hier in Äthiopien - sind für Millionen in den Entwicklungsländern die Folge sozialer Zustände, deren tiefste Wurzeln im Kolonialismus und der vom Neokolonialismus weiterhin konservierten ökonomischen Rückständigkeit liegen.**





Houari Boumediene

ihren Preiserhöhungen in die Schuhe zu schieben; sie geizten darüber hinaus nicht mit Drohungen, den Ex- und Import zum Schaden der Entwicklungsländer zu manipulieren.

All dies vermochte indessen weder die progressiven Ergebnisse der Sondertagung zu vereiteln, noch zu verhindern, daß sie in Gestalt der "ökonomischen Charta" auf der XXIX. UN-Vollversammlung in den Rang des Völkerrechts erhoben wurden. Es ist wichtig darauf hinzuweisen, daß es ein vergleichbares Dokument wie die "Charta der ökonomischen Rechte und Pflichten der Staaten" in der Geschichte der UNO bisher noch nicht gegeben hat.

#### Charakter der „Ökonomischen Charta“

Daß die Charta in der Tat eine qualitative Weiterentwicklung des geltenden Völkerrechts darstellt, kommt u.a. in folgenden Grundprinzipien zum Ausdruck:

- Territoriale Integrität,
- souveräne Gleichheit und politische Unabhängigkeit aller Staaten,
- Nichteinmischung und Nichtangriff sowie friedliche Beilegung von Streitfällen,
- friedliche Koexistenz,
- Achtung der Menschenrechte,
- internationale Zusammenarbeit in der Entwicklung 7).

Kapitel II, Artikel 1 erhebt zur praktischen Norm des Völkerrechts "das unveräußerliche Recht" jedes Staates, sein politisches "System entsprechend dem Willen seines Volkes ohne äußere Einmischung" 8) zu wählen.

Alle Staaten haben gemäß Artikel 5 das Recht, "sich in Organisationen von Rohstoffproduzenten zusammenzuschließen". 9)

Aus der Charta erwächst weiterhin für alle Staaten die Verpflichtung, "zur Verwirklichung der allgemeinen und vollständigen Abrüstung unter wirksamer internationaler Kontrolle" sowie zur "Beseitigung von Kolonialismus, Apartheid, Rassendiskriminierung, Neokolonialismus und aller Formen ausländischer Aggression, Okkupation und Vorherrschaft" 10) beizutragen.

Hinzu kommt das in Artikel 2 völkerrechtlich fixierte Recht der vollen Verfügung der Entwicklungsländer über ihre nationalen Reichtümer einschließlich des Kontrollrechts der Tätigkeit der internationalen Monopole sowie des Rechts auf Nationalisierung und Enteignung ausländischen Besitzes. 11)

Die antiimperialistischen Grundaussagen dieser UNO-Charta eröffnen zweifellos neue Ansatzpunkte und Kampfpositionen für das künftige Vorgehen der Entwicklungsländer. Auf dem 1. Gipfeltreffen der OPEC-Länder im März 1975 in Algier hat dieser politische Kurs der Entwicklungsländer eine erste politische Bewährungsprobe bestanden. So einigten sich in Algier die 13 Teilnehmerstaaten auf ein politisches Aktionsprogramm für die nächsten Jahre, auf die sogenannte "Feierliche Deklaration", in der sie sich ausdrücklich auf die Bestimmungen der UNO-Charta berufen und die Gewaltandrohungen Washingtons mit Entschiedenheit verurteilen. Bezogen auf die von den Westmächten noch für dieses Jahr angestrebte "Internationale Energiekonferenz" weisen die OPEC-Staaten eine künstliche Trennung von Energieproblemen und Rohstofffragen sowie alle Versuche zur Spaltung der Entwicklungsländer zurück. Sie stellen u.a. fest,

"daß die Tagesordnung der zur Debatte stehenden Konferenz nicht auf die Besprechung von Energiefragen beschränkt bleiben darf". 12)

Es ist dies eine eindeutige Absage an alle Manöver und spalterischen Winkelzüge der imperialistischen Staaten, denen die Ökonomische Charta der UNO und die neue Rolle der Entwicklungsländer in der Weltpolitik mächtige Zukunftssorgen bereitet.

#### Anmerkungen:

- 1) Afrika heute, Sondernummer 4-8/1974, S.14
- 2) Weitere 8 Entwicklungsländer waren 1973 in Algier als Beobachter vertreten; darüber hinaus nahmen 16 Befreiungsorganisationen sowie Delegationen der UNO, der AAPSO, der OAU und der Arabischen Liga teil.
- 3) Declaration on the Struggle for National Liberation, Non-Aligned Countries, Conference 4, Algier, 9.9.1973, S.1
- 4) Afrika heute, a.a.O., S. 14/15
- 5) Deutsche Volkszeitung (DVZ), 9.5.1974
- 6) Neues Deutschland (ND), 3.5.1974
- 7) Vgl. United Nations, General Assembly, 29th session, Document A 9.946, 9.12.1974
- 8) ebenda
- 9) ebenda
- 10) ebenda
- 11) ebenda
- 12) DVZ, 13.3.1975



## XXIX. UN-Vollversammlung

# Charta der ökonomischen Rechte und Pflichten der Staaten

### Präambel

In erneuter Bekräftigung der grundlegenden Ziele der Vereinten Nationen, insbesondere der Erhaltung des Friedens und der internationalen Sicherheit, der Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen zwischen den Völkern und der Erzielung einer internationalen Zusammenarbeit bei der Lösung internationaler Probleme auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet,

in Bekräftigung der Notwendigkeit der Verstärkung der internationalen Zusammenarbeit auf diesen Gebieten,

in Bekräftigung auch der Notwendigkeit, die internationale Zusammenarbeit für die Entwicklung zu verstärken,

indem sie erklärt, daß es ein grundlegendes Ziel dieser Charta ist, Regeln für die Schaffung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung zu kodifizieren und zu entwickeln, die auf Gerechtigkeit, souveräner Gleichheit, wechselseitiger Abhängigkeit, gemeinsamen Interessen und Zusammenarbeit zwischen allen Staaten, ungeachtet ihrer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, beruht,

geleitet von dem Wunsch, dazu beizutragen, daß die Bedingungen geschaffen werden für:

- das Erreichen von mehr Wohlstand für alle Länder und eines höheren Lebensstandards für alle Völker;
- die Förderung des wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts aller Länder, insbesondere der Entwicklungsländer, durch die gesamte internationale Gemeinschaft;
- die Ermutigung der Zusammenarbeit auf den Gebieten der Wirtschaft, des Handels, der Wissenschaft und Technik, ungeachtet der politischen, wirtschaftlichen oder Gesellschaftsordnung, auf der Grundlage des gegenseitigen Vor-

teils und des gleichen Nutzens für alle friedliebenden Staaten, die bereit sind, die Bestimmungen dieser Charta zu erfüllen;

d) die Überwindung der Haupthindernisse auf dem Weg der wirtschaftlichen Entwicklung der Entwicklungsländer;

e) die Beschleunigung des Wirtschaftswachstums der Entwicklungsländer, um so die ökonomische Kluft zwischen den Entwicklungsländern und den entwickelten Ländern zu schließen;

f) den Schutz, die Erhaltung und die verbesserte Qualität der Umwelt;

eingedenk der Notwendigkeit, eine gerechte und ausgewogene Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu schaffen und zu erhalten durch:

a) das Herbeiführen von vernünftigeren und gerechteren internationalen Wirtschaftsbeziehungen und die Induzierung von Strukturveränderungen in der Weltwirtschaft;

b) die Schaffung von Bedingungen, welche die zunehmende Erweiterung des Handels und die Intensivierung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen allen Völkern gestatten;

c) die Stärkung der wirtschaftlichen Unabhängigkeit der Entwicklungsländer;

d) die Herstellung und Förderung von internationalen Wirtschaftsbeziehungen, welche die anerkannten Unterschiede in der Entwicklung der Entwicklungsländer und ihre besonderen Bedürfnisse berücksichtigen,

entschlossen, die kollektive wirtschaftliche Sicherheit für die Entwicklung, insbesondere der Entwicklungsländer, bei strikter Achtung der souveränen Gleichheit eines jeden Staates und durch die Zusammenarbeit der gesamten internationalen Gemeinschaft zu fördern,

in Anbetracht dessen, daß eine echte

Zusammenarbeit zwischen den Staaten auf der Grundlage der gemeinsamen Beratung von internationalen Wirtschaftsproblemen und von abgestimmten Maßnahmen unerlässlich ist für die Erfüllung des gemeinsamen Wunsches der internationalen Gemeinschaft, eine gerechte und vernünftige Entwicklung aller Teile der Welt zu erreichen,

indem sie die Bedeutung der Gewährleistung geeigneter Bedingungen für normale wirtschaftliche Beziehungen zwischen allen Staaten, ungeachtet der Unterschiede in den Gesellschafts- und Wirtschaftssystemen, und für die volle Achtung der Rechte aller Völker sowie die Stärkung von Hebeln der internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit als Mittel der Festigung des Friedens zum Nutzen aller betont,

überzeugt von der Notwendigkeit, ein System der internationalen Wirtschaftsbeziehungen auf der Grundlage der souveränen Gleichheit, des gegenseitigen und angemessenen (equitable) Nutzens und der engen Wechselbeziehungen zwischen den Interessen aller Staaten zu entwickeln,

indem sie unterstreicht, daß jedes Land die Verantwortung für seine Entwicklung in erster Linie selbst trägt, daß aber gleichzeitig eine wirksame internationale Zusammenarbeit ein wesentlicher Faktor für die volle Erreichung seiner eigenen Entwicklungsziele ist,

in der festen Überzeugung, daß es dringend notwendig ist, ein wesentlich verbessertes System der internationalen Wirtschaftsbeziehungen zu entwickeln,

nimmt die Vollversammlung in feierlicher Form diese Charta der ökonomischen Rechte und Pflichten der Staaten als einen ersten Schritt zur Kodifizierung und fortschreitenden Entwicklung dieses Gegenstandes an:

### Kapitel I

#### Grundlagen der internationalen Wirtschaftsbeziehungen

Die ökonomischen sowie politischen und anderen Beziehungen zwischen den Staaten werden u. a. gemäß den folgenden Prinzipien gestaltet:

- Souveränität, territoriale Integrität und politische Unabhängigkeit der Staaten;
- souveräne Gleichheit aller Staaten;
- Nichtangriff;
- Nichteinmischung;
- gegenseitiger und angemessener (equitable) Nutzen;

f) friedliche Koexistenz;

g) Gleichberechtigung und Selbstbestimmung der Völker;

h) friedliche Beilegung von Streitfällen;

i) Beseitigung der Ungerechtigkeiten, die durch Gewalt geschaffen wurden und die ein Volk der natürlichen Mittel berauben, die für seine normale Entwicklung notwendig sind;

j) Erfüllung internationaler Verpflichtungen auf Treu und Glauben;

k) Achtung der Menschenrechte und grundlegenden Freiheiten;

l) kein Streben nach Hegemonie oder Einflußsphären;

m) Förderung der internationalen so-

zialen Gerechtigkeit;

n) internationale Zusammenarbeit bei der Entwicklung;

o) freier Zugang der Binnenländer vom und zum Meer im Rahmen der oben genannten Prinzipien.

### Kapitel II

#### Ökonomische Rechte und Pflichten der Staaten

##### Artikel 1

Jeder Staat hat das souveräne und unveräußerliche Recht, seine Wirtschaftsordnung ebenso wie seine politische, gesellschaftliche und kulturelle Ordnung in Übereinstimmung mit dem Willen seines



Völkern ohne Einmischung von außen, Druck oder Drohung in irgendeiner Form zu wählen.

## Artikel 2

1. Jeder Staat hat das Recht auf die volle und ständige Souveränität über seinen gesamten Reichtum, seine Naturschätze und seine wirtschaftliche Tätigkeit, einschließlich des Besitzes, der Nutzung und Verfügung darüber, und übt es frei aus.

2. Jeder Staat hat das Recht:

a) ausländische Investitionen in seinem nationalen Hoheitsbereich in Übereinstimmung mit seinen Gesetzen und Bestimmungen und gemäß seinen nationalen Zielen und Prioritäten zu regeln und seine Hoheitsgewalt darüber auszuüben. Kein Staat ist verpflichtet, für ausländische Investitionen eine Vorzugsbehandlung zu gewähren;

b) die Tätigkeit von transnationalen Gesellschaften in seinem nationalen Hoheitsbereich zu regeln und zu überwachen sowie Maßnahmen zu ergreifen, die gewährleisten, daß diese Tätigkeit seinen Gesetzen, Regelungen und Be-

## Artikel 3

Bei der Ausbeutung von Naturschätzen, die zwei oder mehr Ländern gehören, muß jeder Staat die Zusammenarbeit auf der Grundlage eines Systems der Information und vorheriger Konsultation gestalten, um derartige Ressourcen optimal zu nutzen, ohne den legitimen Interessen anderer Schaden zuzufügen.

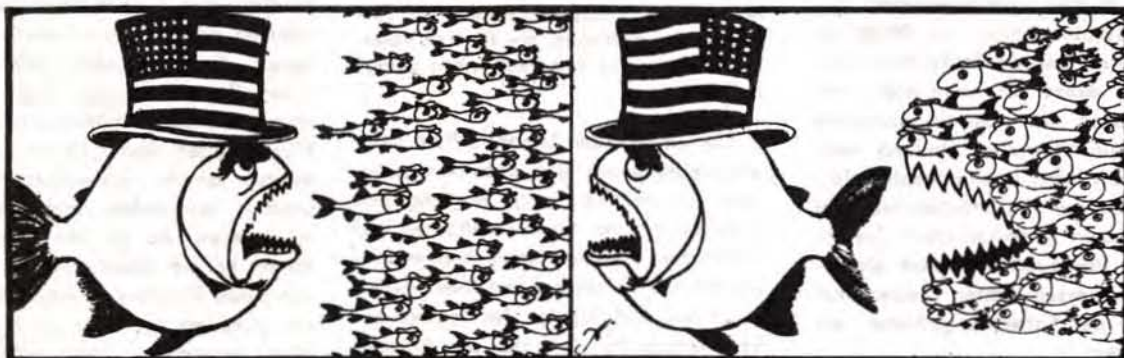
## Artikel 4

Jeder Staat hat das Recht, sich am internationalen Handel und an anderen Formen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit ungeachtet von Unterschieden in der politischen, wirtschaftlichen oder Gesellschaftsordnung zu beteiligen. Kein Staat darf nur wegen solcher Unterschiede in irgendeiner Weise diskriminiert werden. Im internationalen Handel und bei anderen Formen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit steht es jedem Staat frei, die Organisationsformen für seine Außenwirtschaftsbeziehungen zu wählen und solche bi- und multilateralen Abmachungen abzuschließen, die mit seinen internationalen Verpflichtungen und mit den Erfordernissen der internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit übereinstimmen.

len, vorteilhaften und gerechten Preisen zu fördern und so zur ausgewogenen Entwicklung der Weltwirtschaft beizutragen, wobei sie insbesondere die Interessen der Entwicklungsländer berücksichtigen.

## Artikel 7

Jeder Staat hat vor allen Dingen die Verantwortung, die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung seines Volkes zu fördern. Jeder Staat hat zu diesem Zweck das Recht und die Verantwortung, die Wege und Ziele seiner Entwicklung selbst zu wählen, seine Ressourcen voll zu mobilisieren und zu nutzen, fortschrittliche Wirtschafts- und Gesellschaftsreformen durchzuführen und die volle Beteiligung seines Volkes am Entwicklungsprozeß und dessen Früchten zu gewährleisten. Alle Staaten haben einzeln und kollektiv die Pflicht zur Zusammenarbeit, um die Hindernisse zu beseitigen, die einer solchen Mobilisierung und Nutzung im Wege stehen.



stimmungen entspricht und mit seiner Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik übereinstimmt. Transnationale Gesellschaften dürfen sich nicht in die inneren Angelegenheiten des Gastgeberstaates einmischen. Jeder Staat sollte – unter voller Berücksichtigung seiner souveränen Rechte – mit anderen Staaten bei der Ausübung des in diesem Abschnitt aufgeführten Rechtes zusammenarbeiten;

c) ausländisches Eigentum zu nationalisieren, zu enteignen oder den Besitz daran zu übertragen. In diesem Fall sollte ein Staat, der solche Maßnahmen trifft, eine angemessene Entschädigung zahlen, wobei er seine entsprechenden Gesetze und Bestimmungen sowie alle Umstände berücksichtigt, die der Staat als zutreffend betrachtet. Wenn die Frage der Entschädigung zu einem Streit führt, sollte er in jedem Fall nach der innerstaatlichen Rechtsprechung des nationalisierenden Staates und durch seine Gerichte beigelegt werden, außer wenn alle beteiligten Staaten in gegenseitigem und freiem Einvernehmen übereinkommen, daß auf Grundlage der souveränen Gleichheit der Staaten und in Übereinstimmung mit dem Prinzip der freien Wahl der Mittel andere friedliche Wege gesucht werden sollten.

## Artikel 5

Alle Staaten haben das Recht, sich in Organisationen von Rohstoffproduzenten zusammenzuschließen, um ihre Volkswirtschaften so zu entwickeln, daß sie ihre Entwicklung stabil finanzieren können, und um das Ziel zu verfolgen, zur Förderung eines beständigen Wachstums der Weltwirtschaft, insbesondere zur Beschleunigung der Entwicklung der Entwicklungsländer, beizutragen. Alle Staaten haben demzufolge die Pflicht, dieses Recht zu achten, indem sie sich der Anwendung ökonomischer oder politischer Maßnahmen enthalten, die es einschränken würden.

## Artikel 6

Es ist die Pflicht der Staaten, zur Entwicklung des internationalen Warenaustausches beizutragen, insbesondere durch Vereinbarungen und, wo es angebracht ist, durch den Abschluß von langfristigen multilateralen Warenabkommen, und dabei die Interessen der Produzenten und der Verbraucher zu berücksichtigen. Alle Staaten tragen gleichermaßen Verantwortung dafür, die normale Warenzirkulation und den Zugang zu allen Handelswaren zu stabi-

## Artikel 8

Staaten sollten bei der Förderung von rationelleren und gerechteren internationalen Wirtschaftsbeziehungen und bei der Unterstützung von Strukturveränderungen im Rahmen einer ausgewogenen Weltwirtschaft, die mit den Bedürfnissen und Interessen aller Länder, insbesondere der Entwicklungsländer, übereinstimmt, zusammenarbeiten und zu diesem Zweck geeignete Maßnahmen treffen.

## Artikel 9

Alle Staaten haben die Verantwortung, zur Förderung des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Fortschritts auf der ganzen Welt, insbesondere in den Entwicklungsländern, auf wirtschaftlichem, sozialem, kulturellem, wissenschaftlichem und technischem Gebiet zusammenzuarbeiten.

## Artikel 10

Alle Staaten sind rechtlich gleich und haben als gleichberechtigte Mitglieder der internationalen Gemeinschaft das Recht, am internationalen Prozeß der Entscheidungsfindung zur Lösung von Weltwirtschafts-, Weltfinanz- und -wäh-



rungsproblemen u. a. durch die entsprechenden internationalen Organisationen und in Übereinstimmung mit ihren bestehenden und sich herausbildenden Regeln voll und wirksam teilzunehmen und einen gerechten Anteil an deren Ergebnis zu erhalten.

#### Artikel 11

Alle Staaten sollten zusammenarbeiten, um die Wirksamkeit der internationalen Organisationen bei der Durchführung von Maßnahmen zur Stimulierung des allgemeinen wirtschaftlichen Fortschritts aller Länder, insbesondere der Entwicklungsländer, zu erhöhen und ständig zu verbessern. Sie sollten daher auch zusammenwirken, um diese, falls erforderlich, an die sich verändernden Bedürfnisse der internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit anzupassen.

#### Artikel 12

1. Staaten haben in Übereinstimmung mit den betreffenden Seiten das Recht, sich zu ihrer wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung an der subregionalen, regionalen und interregionalen Zusammenarbeit zu beteiligen. Alle an einer solchen Zusammenarbeit beteiligten Staaten haben die Pflicht zu gewährleisten, daß die Politik der Gruppierungen, denen sie angehören, den Bestimmungen der Charta entspricht und – hinsichtlich ihrer Haltung nach außen – mit ihren internationalen Verpflichtungen und den Erfordernissen der internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit übereinstimmt sowie die legitimen Interessen dritter Länder, insbesondere der Entwicklungsländer, voll berücksichtigt.

2. Bei Gruppierungen, denen die betreffenden Staaten bestimmte Befugnisse übertragen haben oder übertragen können, die sich auf in dieser Charta geregelte Angelegenheiten beziehen, finden bei solchen Angelegenheiten und in Übereinstimmung mit den

Verpflichtungen der betreffenden Staaten als Mitglieder dieser Gruppierungen die Bestimmungen dieser Charta auch auf jene Gruppierungen Anwendung. Diese Staaten arbeiten bei der Einhaltung der Bestimmungen dieser Charta durch diese Gruppierungen zusammen.

#### Artikel 13

1. Jeder Staat hat das Recht, zur Beschleunigung seiner wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung aus den Fortschritten und der Entwicklung von Wissenschaft und Technik Nutzen zu ziehen.

2. Alle Staaten sollten die internationale wissenschaftliche und technische Zusammenarbeit und den Transfer von Technologie bei gebührender Beachtung aller legitimen Interessen, u. a. einschließlich der Rechte und Pflichten der Inhaber, Lieferanten und Empfänger von Technologie, fördern. Alle Staaten sollten insbesondere erleichtern: den Zugang der Entwicklungsländer zu den Errungenschaften der modernen Wissenschaft und Technik, die Übertragung von technischen Verfahren und die Schaffung einheimischer Technologien zum Nutzen der Entwicklungsländer in Formen und auf Wegen, die für ihre Volkswirtschaften und ihre Bedürfnisse geeignet sind.

3. Die entwickelten Länder sollten dementsprechend mit den Entwicklungsländern bei der Schaffung, Stärkung und Entwicklung ihrer wissenschaftlichen und technischen Infrastrukturen, ihrer wissenschaftlichen Forschung und ihren Aktivitäten auf dem Gebiet der Technik zusammenarbeiten, um bei der Erweiterung und Umwandlung der Volkswirtschaften der Entwicklungsländer zu helfen.

4. Alle Staaten sollten bei der Suche und weiteren Entwicklung von international anerkannten Richtlinien oder Regelungen für den Transfer von Technolo-

gie zusammenarbeiten, wobei sie voll und ganz die Interessen der Entwicklungsländer berücksichtigen.

#### Artikel 14

Jeder Staat hat die Pflicht, bei der Förderung einer stetigen und wachsenden Erweiterung und Liberalisierung des Welthandels und der Erhöhung des Wohlstandes und des Lebensstandards aller Völker, insbesondere derer der Entwicklungsländer, mitzuarbeiten. Alle Staaten sollten dementsprechend u. a. zur fortschreitenden Beseitigung von Hindernissen für den Handel und zur Verbesserung des internationalen Rahmens für die Abwicklung des Welthandels beitragen. Zu diesem Zweck werden koordinierte Anstrengungen unternommen, um in gerechter Weise die Handelsprobleme aller Länder zu lösen, wobei die besonderen Handelsprobleme der Entwicklungsländer berücksichtigt werden. In diesem Zusammenhang ergreifen die Staaten Maßnahmen, die darauf abzielen, dem internationalen Handel der Entwicklungsländer zusätzliche Vorteile zu sichern, damit sie einen beträchtlichen Zuwachs ihrer Deviseneinnahmen erzielen, ihre Exporte diversifizieren, die Zuwachsraten ihres Handels unter Berücksichtigung ihrer Entwicklungsbedürfnisse erhöhen, und damit die Möglichkeiten dieser Länder verbessert werden, an der Ausweitung des Welthandels teilzuhaben und eine Bilanz zu erzielen, die für die Entwicklungsländer bei der Beteiligung an dem sich aus dieser Erweiterung ergebenden Nutzen günstiger ist. Dies geschieht durch eine wesentliche und größtmögliche Verbesserung der Zugangsbedingungen zu den Produkten, die für die Entwicklungsländer von Interesse sind, und, wo immer es angebracht ist, durch Maßnahmen, die darauf abzielen, stabile, gerechte und vorteilhafte Preise für Rohstoffe zu erreichen. ( . . . )

## Kapitel IV

### Schlußbestimmungen

#### Artikel 31

Alle Staaten haben die Pflicht, zur ausgeglichener Erweiterung der Weltwirtschaft beizutragen, wobei sie die enge Wechselwirkung zwischen dem Wohlergehen der entwickelten Länder und dem Wachstum und der Entwicklung der Entwicklungsländer sowie die Tatsache gebührend berücksichtigen, daß der Wohlstand der internationalen Gemeinschaft als Ganzes von dem Wohlstand ihrer Glieder abhängt.

#### Artikel 32

Kein Staat darf die Anwendung ökonomischer, politischer oder anderer Maßnahmen praktizieren oder ermutigen, um auf einen anderen Staat mit

dem Ziel Druck auszuüben, von ihm eine Unterordnung in der Ausübung seiner souveränen Rechte zu erreichen.

#### Artikel 33

1. Keine Bestimmung dieser Charta ist so auszulegen, als beeinträchtigt oder schmälere sie die Bestimmungen der Charta der Vereinten Nationen oder auf ihrer Grundlage ergriffene Maßnahmen.

2. Die Bestimmungen dieser Charta sind in ihrer Auslegung und Anwendung miteinander verbunden, und jede Bestimmung sollte im Zusammenhang mit den anderen Bestimmungen gesehen werden.

#### Artikel 34

Die Tagesordnung der XXX. Tagung der Vollversammlung wird einen Punkt über die Charta der ökonomischen

Rechte und Pflichten der Staaten enthalten. Danach wird dieser Punkt auf der Tagesordnung jeder fünften Tagung enthalten sein. Auf diese Weise würde eine systematische und umfassende Behandlung der Verwirklichung der Charta gesichert, wobei sowohl erzielte Fortschritte als auch Verbesserungen und Ergänzungen behandelt werden, die notwendig werden können, und geeignete Maßnahmen empfohlen werden. Eine solche Behandlung sollte die Weiterentwicklung aller ökonomischen, gesellschaftlichen, rechtlichen und anderen Faktoren berücksichtigen, die mit den Prinzipien, auf die sich diese Charta gründet, und mit ihren Zielen im Zusammenhang stehen.

(Quelle: United Nations, General Assembly, Twenty-ninth session, Dokument A/9946, 9. Dezember 1974)



Im ersten Teil seiner Analyse (vgl. AIB, Nr. 3/1975, S. 13-17) schilderte der jordanische Journalist Naim el Ashhab den rapiden Zuwachs der "Ölmilliarden" der OPEC-Länder. Ihre Verwendung zugunsten tiefgreifender sozialökonomischer Umgestaltungen und zur Festigung der nationalen Unabhängigkeit veranschaulichte er am Beispiel des Irak, dem er als "Kehrseite" die wirtschaftspolitische Konzeption Irans und Saudi Arabiens gegenüberstellte.

Im nachstehenden zweiten Teil seines Beitrages geht Naim el Ashhab auf weitere Aspekte der Verwendung der "Ölmilliarden" im Iran und Saudi Arabien ein. Im Mittelpunkt steht die Einschätzung der gigantischen militärischen Aufrüstung und der spektakulären Kapitaltransaktionen dieser Länder. Daran schließen sich Betrachtungen an zur Teilhabe dieser Regimes an neokolonialistischen Projekten in Drittländern sowie zum Einsatz von Ölgeldern gegen die arabische nationale Befreiungsbewegung.

**Naim el Ashhab**

## Die »Ölmilliarden« – zwei Wege ihrer Verwendung (2. Teil)



Schah Reza Pahlawi

Es ist bekannt, daß der Iran Mitglied des Bagdad-Pakts war und jetzt Mitglied der Nachfolgeorganisation CENTO ist. Von daher erklärt sich seine Abhängigkeit bei der Versorgung mit Rüstungsgütern von der Politik des Militärpaktes. Bezeichnenderweise haben der Iran und Saudi Arabien in den vergangenen zehn Jahren ihre Rüstungsbudgets um das 110fache gesteigert.

### Militärische Aufrüstung des Iran und Saudi Arabiens

Während z.B. der Iran in den fünfziger Jahren jährlich für 10 Mio Dollar Waffen kaufte, beliefen sich seine Rüstungsausgaben in den sechziger Jahren auf jährlich 150 Mio Dollar. Im Haushaltsjahr 1974/75 stiegen die Militärausgaben auf 25 Mrd Dollar. Darin nicht enthalten sind Gelder, die dem Budget des Schahs nachträglich zum Kauf von weiteren Waffen zugewiesen wurden und die den ausgewiesenen Militärhaushalt um das eineinhalb-

fache übersteigen.

Saudi Arabien hat seinen Rüstungshaushalt von 383 Mio Dollar im Jahr 1972 auf 1,1 Mrd Dollar im Jahr 1973 erhöht.

Am 8. Mai 1973 wurde mit Großbritannien ein Vertrag über Waffenlieferungen im Wert von 250 Mio Pfund Sterling unterzeichnet - dies ist wohl das umfangreichste Geschäft, das Saudi Arabien je mit Großbritannien abschloß. Über die mit den USA 1974 abgewickelten Transaktionen liegen bislang noch keine exakten Angaben vor.

Zu diesen angeführten Zahlen kommen die an die Staaten am Arabischen Golf und an Kuwait gelieferten Rüstungsgüter. So wurde kürzlich bekannt, daß zwischen Kuwait und den USA ein Vertrag über Waffenlieferungen im Werte von 450 Mio Dollar unterzeichnet worden sei.

Es erhebt sich die Frage: Warum wird dieses außergewöhnliche Aufrüstungsprogramm auf zehn Länder verteilt und welche Folgen zieht dies nach sich?

### Aufbau aggressiver „Hilfspolizisten“

Gegenwärtig hat dies zwei Gründe: Erstens, und das ist der gefährlichste und wichtigste Grund, resultierte aus der Veränderung des Machtgleichgewichts in der Welt zugunsten der Kräfte des Friedens und des Sozialismus ein anwachsender Widerstand aller Völker gegen jede direkte militärische Intervention - dies wird deutlich in Vietnam und an den Kampferfolgen gegen die Aggressionspolitik der Militärpakete. Das Ergebnis davon war eine starke Bewegung zur Durchsetzung einer internationalen Entspannung und friedlichen Koexistenz, die die amerikanischen und europäischen Imperialisten zum Nachgeben und zur Akzeptierung einer Reihe von Verträgen zwang, die auf eine Veränderung des internationalen Klimas zielten. Als



Reaktion darauf begannen die imperialistischen Kreise u.a. verstärkt, die reaktionären Regimes als Hilfspolizisten einzusetzen, die die Interessen der internationalen Monopole schützen und eine wichtige Verantwortung bei der Verteilung der Rüstungslasten übernehmen sollen. Dieser Trend verstärkte sich im Nahen und Mittleren Osten nach dem Oktoberkrieg 1973, der den alteingesessenen Mythos von der militärischen Übermacht Israels zerstörte.

Diese Politik ist darauf gerichtet, im Stillen ein Angriffsbündnis zu schmieden, welches die imperialistischen Interessen schützt und die reaktionären Regimes dieser Region, vor allem den Iran, Saudi Arabien, Jordanien und Israel, zusammenfaßt.

Abgesehen von der israelischen Aggression gegen die arabische Befreiungsbewegung kämpfen

die Länder des imperialistischen "Sicherheitsgürtels" gegen die nationale Bewegung in Oman und am Arabischen Golf, wo iranische und jordanische Truppen stehen. Ebenso bekannt ist die großzügige finanzielle Hilfe, die Jordanien von Saudi Arabien und Kuwait dafür gewährt wird, daß es nicht Israel, sondern die arabische Befreiungsbewegung innerhalb und außerhalb Jordaniens bekämpft - dies zeigt sich in Oman, wo 2.000 jordanische Soldaten stationiert sind.

Gleiches gilt für die provokatorischen Operationen des Iran gegen den Irak. Der Schah enthüllte in seinem Interview mit der Zeitschrift Newsweek vom 13.5.1973 das Ziel derartiger Aufrüstung, als er sagte:

"Ich glaube, die betreffenden Nationen sollten sich in einem Pakt, ähnlich der NATO zusammenschließen." Und: "Wir tragen nicht nur die nationale Verantwortung für unser Land,



### Irans Militärstärke

236 000 Mann sowie  
70 000 Mann para-militärische Streitkräfte mit Flugzeugen, Hubschraubern, Artillerie und 40 Patrouillenbooten  
Reserven: 300 000 Mann

**Luftwaffe:** 50 000 Mann  
(Im Einsatz oder bestellt und demnächst lieferbar):  
520 Kampfflugzeuge (darunter  
Phantom F-5E, F-4, F-14A Grumman)  
20 Großraumtransporter und Düsentanker  
180 Aufklärungs-, Transport-, Übungsmaschinen

**Marine:** 13 000 Mann  
(Im Einsatz oder bestellt und demnächst lieferbar):  
11 Zerstörer  
8 Fregatten  
4 Korvetten  
12 Kanonenschnellboote  
20 Patrouillenboote, Minensucher  
50 Hovercrafts (davon 4 als Raketenträger)  
(Verhandelt wird um einen Hubschrauber-Träger)

**Heer:** 175 000 Mann  
(Im Einsatz oder bestellt und demnächst lieferbar):  
1200 schwere und mittlere Panzer (Chieftain und M-47)  
710 leichte Panzer  
2000 Panzerfahrzeuge  
480 Kampfhubschrauber  
450 Hubschrauber  
1 Bataillon Hawk-Raketen

## Persiens Streitmacht am Golf

Luftwaffe und Marine-streitkräfte des Iran stehen heute vornehmlich am Persischen Golf, der vom Iran bereits beherrscht wird. Zwei Drittel der Infanterie steht an der Grenze zum Irak. In diesem Jahr erweitern die Iraner ihren Verteidigungsradius auf 2500 Kilometer



aus: **stern**

# WANTED NOW!

## MERCENARIES

Middle eastern government recruiting...

**\$1,000 PER MONTH**

for captain... No income tax... Airtare and travel expenses, refunded on arrival... free quarters and medical treatment... 60 days leave yearly... \$20,000 life insurance. Information packet revealing duty, area, map, service agreement, application form, pay schedule, medical certificate... \$5.00

**Phoenix Associates**

Dept. S-1,

Box 837,

Arvada, Colo. 80002

"Söldner von Regierung des Mittleren Ostens gesucht!" - mit dieser Anzeige warb Saudi Arabien in US-Zeitschriften Offiziere und Soldaten an.



sondern sind auch verantwortlich als internationaler Wächter und Verteidiger von 60% der Ölreserven der Welt."

Er fügte weiter hinzu, daß er entschlossen sei, diese Rolle auch dann weiterzuspielen, wenn die USA sich zurückgezogen hätten.

Tatsächlich hat Eugen v. Rostow, Berater des früheren US-Präsidenten Johnson, zu Beginn des Jahres 1968 die Gründung einer "Regionalen Verteidigungsorganisation" durch den Iran, Saudi Arabien und die Emirate am Golf vorgeschlagen.

Diese militärische Rolle, die den reaktionären Staaten zugedacht ist, verdient große Beachtung, wenn man ihre aktuellen Möglichkeiten und die künftige Unterstützung durch den Imperialismus mit in Rechnung stellt.

Zweitens wiegt die Versorgung dieser Länder mit Waffen das auf, was die imperialistischen Länder für den Einkauf von Rohöl zahlen. Dies hilft ihnen gleichzeitig, ihre flüssigen Kapitalreserven zu vermehren und trägt zur Sicherung ihrer enormen Profite bei, die auf ihrer Monopolstellung in der Rüstungsindustrie beruhen.

Es hilft ihnen ferner bei der Überwindung der Stagnation, die seit dem Beginn der mißlungenen Kriege in Vietnam und Korea anhält.

#### **Anlage von „Ölmilliarden“ auf internationalen Finanzmärkten**

Die Anhäufung von Milliarden flüssigen Kapitals in Banken imperialistischer Länder wie z.B. in den USA oder Großbritannien geschah in einer Zeit der Zuspitzung der Währungs- und einer erhöhten Unausgeglichenheit der Zahlungsbilanzen dieser Länder.

Unter den Bedingungen der Inflation, die zu einer sich verschärfenden Krankheit der kapitalistischen Welt geworden ist, verlieren solche Kapitalanlagen ständig an Wert. Die Verluste der arabischen Länder, die Kapital in den USA und Großbritannien anlegten, werden - allein bezogen auf die Abwertung der Währungen dieser beiden Staaten - auf etwa 3 Milliarden Dollar im Jahr 1973 geschätzt. Dies ist ein neues Opfer, das auf Kosten der Völker dieser reaktionären Staaten denen dargebracht wird, die ihren Reichtum an sich reißen.

#### **Kapitalbeteiligungen an Auslandskonzernen - Das Beispiel Krupp**

Seit kurzem verzeichnen wir einen neuen Trend zu Investitionen bei westlichen Monopolen und Unternehmen. Dieses neue Phänomen ist einer näheren Überprüfung und Betrachtung wert. Wir beobachten, daß sich Saudi Arabien

zum Kauf von "Schuldverschreibungen" der US-Regierung für den Betrag von 12 Mrd Dollar entschließt. Kuwait schlägt Großbritannien den Kauf des Besitzes der St. Martins Corporation zum Preis von 107 Mio Pfund Sterling vor. Der Iran kauft 25,4% der Aktien der Krupp-Stahlwerke in Westdeutschland.

Diese Maßnahmen nehmen rasch zu und um ihre Grundlinie deutlich zu machen, wollen wir uns der jüngsten Transaktion zwischen dem Iran und dem Krupp-Werk zuwenden. Sie wurde zu einem Zeitpunkt abgewickelt, da die westdeutsche Wirtschaft unter ständig wachsenden Schwierigkeiten litt und u.a. vier Banken zusammenbrachen. Weitere Zusammenbrüche erfolgten zum späteren Zeitpunkt.

Andererseits hatten die Krupp-Werke bereits während des Jahres 1974 starke Verbindungen zum Iran geknüpft und ein Planungsinstitut eingerichtet, um im Iran einen riesigen Industriekomplex zu errichten, wobei die zur Industrialisierung benötigte iranische Energie ausgenutzt wird. Mit anderen Worten: Außer den verschiedenen Vorteilen, die Krupp aus dieser Transaktion hat, ist es ihm gelungen, auf diese Weise in der iranischen Wirtschaft Fuß zu fassen.

#### **Gefüllte Tresore und Massenelend**

Die Länder, die ihr Geld in jenen hochentwickelten Staaten wie den USA, Großbritannien und Westdeutschland investieren, verhelfen dem berühmten kapitalistischen Gesetz "Überproduktion und ungleiche Verteilung" zum Durchbruch.

Ein Musterbeispiel dafür ist Saudi Arabien, das sein Kapital in solche fortgeschrittenen Länder exportiert, während es für weite Teile der Bevölkerung des eigenen Landes an Trinkwasser wie den elementarsten Errungenschaften der Kultur und der modernen Zivilisation fehlt. Die Tresore dieser Herrscher sind gefüllt mit Geld, während das Analphabetentum noch immer weit verbreitet und die Sklaverei nicht beseitigt ist, wo weite Teile der arabischen Welt noch in Rückständigkeit leben und es noch Araber gibt, die sich von Wespen ernähren müssen - all dies verdient höchste Aufmerksamkeit. Die Ironie dabei ist, daß Saudi Arabien, indem es sein Geld in amerikanischen Banken deponiert und in den USA für 12 Mrd Dollar Schuldverschreibungen kauft, dem Kapitalismus bei der Überwindung seiner Finanzschwierigkeiten Hilfe leistet, während eben diese USA Milliarden zur Unterstützung Israels gegen die arabische Befreiungsbewegung ausgeben und damit





Ermordeter König Feisal und sein Nachfolger Chalid.

Ölraffinerie in Saudi Arabien.

die Okkupation arabischen Territoriums durch Israel unterstützen sowie den Palästinensern ihre legalen Rechte vorenthalten. Für den Iran, der auf diese Weise ebenfalls Kapital exportiert, weisen offizielle Statistiken eine millionenfache Arbeitslosigkeit aus, die versteckte Arbeitslosigkeit nicht eingerechnet. Dem iranischen Institut für Sozialforschung zufolge leben 70% aller Teheraner Familien unter der Armutsgrenze. Unter der Bevölkerung auf dem Land und in abgelegenen Regionen liegt dieser Prozentsatz eher noch höher. Über eine unabhängige Wirtschaft kann hier nicht diskutiert werden, weil die Abhängigkeit des Iran von den internationalen Monopolen stetig zunimmt. Die Ausbeutung durch diese Monopole reicht in viele verschiedene Bereiche des Wirtschaftslebens in Stadt und Land hinein. Ausländische Gesellschaften haben mit einem Aufwand von Millionen Dollars in 400 iranischen Dörfern große Farmen eingerichtet, indem sie das Land der Bauern gegen eine geringe Entschädigung an sich rissen.

### „Schicksalsgemeinschaft“

Zwei Faktoren veranlassen solche Länder dazu, ihr Geld in imperialistischen Staaten anzulegen und sich an ihren Industrieunternehmen und Banken zu beteiligen:

1. Die Angst, die die machtausübenden Reaktionen in diesen ölproduzierenden Ländern beschleicht, wenn sie an ihre Zukunft denken und die sie veranlaßt, im Ausland soviel Geld wie nur möglich zu horten, um für den Fall einer Flucht gerüstet zu sein. Dies wurde ihnen deutlich vor Augen geführt durch den Sturz der seit dem Mittelalter regieren-

den Herrscherhäuser im Irak, Yemen, Libyen, Afghanistan, Äthiopien u.a.

2. Ihr Bewußtsein der Klassenzugehörigkeit zu den imperialistischen Ausbeutersystemen und das Gefühl der Schicksalsgemeinschaft gegen den siegreichen Vormarsch des Sozialismus. Deshalb sind diese Anlagen und Investitionen ein Ausdruck ihrer Solidarität und Unterstützung für das imperialistische System und sein Vorgehen gegen die sich immer mehr verschärfenden Krisenerscheinungen.

Beispielsweise belegten im Juni 1974 Unterlagen der Bank von England und des britischen Schatzamtes, daß gewaltige Summen aus den arabischen Ölländern (Saudi Arabien, Kuwait und Bahrain) nach England fließen. In Berichten wird außerdem hervorgehoben, daß die Labour-Regierung und die Direktorien der Banken um geheime Anleihen seitens der arabischen Länder baten, um so das Defizit in der britischen Zahlungsbilanz auszugleichen. Der Beweis dafür ist, daß das Defizit in der britischen Zahlungsbilanz auf 1 Mrd Dollar monatlich geschätzt wird, während die Rücklagen der Regierung an Gold und Dollars seit Oktober des letzten Jahres von 6,7 Milliarden auf 6,9 Milliarden zugenommen haben.

### Beteiligung an neokolonialistischen Projekten

Hierbei handelt es sich um ein neues Phänomen im Verhalten der Ölförderländer. Saudi Arabien hat beispielsweise begonnen, in Ägypten zu investieren und hat Ägypten ein Darlehen von 300 Mio Dollar angeboten - was nicht als arabische Solidarität gegen Israel verstanden werden kann, da man sich zur Zeit Präsident Nassers anders verhalten hatte. Warum begann man damit, Kairo Zuschüsse zu gewähren, nachdem dort Schritte hin zur ka-



pitalistischen Entwicklung vollzogen worden waren?

Ägypten verstärkt in kapitalistische Bahnen zu drängen und in die ägyptische Wirtschaft wie in die Ausbeutung seiner werktätigen Massen einzugreifen, ist eben das Ziel des saudiarabischen Darlehens an Ägypten zu diesem Zeitpunkt.

Das gleiche gilt für den Iran, der im August 1974 Pakistan ein neues Darlehen von 63 Mio Dollar zusätzlich zu einer früher gewährten Summe von 580 Mio Dollar anbot.

Will man die Gefahr einer solchen Politik für die nationale Befreiungsbewegung richtig einschätzen, so muß man die gegenwärtigen und künftigen Möglichkeiten solcher reaktionären Systeme mit in Betracht ziehen - denn sie tragen nicht die Schuld am vergangenen Kolonialismus, der es ihnen jetzt erlaubt, in die Wirtschaft der Entwicklungsländer einzudringen, die auf finanzielle Hilfe angewiesen sind.

#### **Ölgelder als Werkzeug politischer Subversion**

Das saudiarabische Regime benutzt Teile der Öleinnahmen als eine Waffe der politischen Subversion. Dazu zwei Beispiele:

Während des andauernden und harten Kampfes an der syrischen Front vor der Unterzeichnung der Vereinbarung zur Truppenentflechtung verlautete, daß die saudiarabischen Machthaber Druck auf Syrien ausübten, indem sie Syrien mit einer finanziellen Hilfe in Höhe von 1 Mrd Dollar köderten. Diese Summe sollte die syrische Regierung erhalten, falls sie auf die amerikanischen Vorschläge zu einer Truppenentflechtung eingehen würde. Aber Syriens Standhaftigkeit führte dazu, daß es gelang, bessere Bedingungen auszuhandeln als jene, die Ägypten bei der Truppentrennung akzeptiert hatte.

Während des Palästinensischen Nationalkongresses im Juni 1974 wurde von Saudi Arabien Druck ausgeübt, um ein Verbot der Teilnahme der Kommunistischen Partei Jordaniens zu erwirken, die eine wichtige Rolle im Kampf um die besetzten arabischen Gebiete spielt. Verhindert werden sollte damit u.a. die Vertretung der Kommunistischen Partei Jordaniens im neuen Exekutivkomitee der PLO.

Gleiches trifft auf den Iran zu, der große Summen dafür aufwandte, die Rebellion des rechten Flügels der Kurdenbewegung im Irak zu schüren und Zwietracht zu säen in diesem Land, das sich dem Imperialismus entschieden widersetzt.

Das sind einige vergleichende Daten und Überlegungen zur Verwendung großer Einkommen aus der Ölproduktion. Es ist anzunehmen, daß der

Überfluß dieser Öleinkünfte einen gewichtigen Einfluß auf die Geschehnisse in dieser Region nimmt, je nachdem, ob das Geld richtig oder falsch eingesetzt, ob es für das Allgemeinwohl der Völker ausgegeben wird oder aber als Mittel der politischen Subversion Verwendung findet. Es bleibt zu hoffen, daß die nationale Befreiungsbewegung aufgrund eigener praktischer Erfahrungen gegen derartige Methoden der Unterwanderung zusehends immuner wird. Einen dieser Erfahrungswerte stellt die von der Sowjetunion und anderen sozialistischen Ländern geleistete zunehmende Unterstützung des Befreiungskampfes dar. Wir müssen auch berücksichtigen, daß nach dem Sturz der mittelalterlichen und faschistisch-reaktionären Regimes im Yemen, in Afghanistan, Libyen, Äthiopien, Portugal und anderswo die von ihnen verübten Verbrechen gegen ihr Volk, gegen die Völker anderer Länder, gegen den Frieden in der Welt und gegen die Gerechtigkeit nie in Vergessenheit geraten werden. Dies wird solange nicht geschehen, bevor nicht der Reichtum und die Bodenschätze dieser Völker dem Allgemeinwohl, dem Glück und dem Frieden der gesamten Menschheit dienen.

(Quelle: Bagdad Second International Seminar "Oil and raw materials", 1.-4. November 1974, National Council for Peace and Solidarity, Document No. 2/3, S. 7-15)

**floh de cologne**  
Dieser chilenische Sommer war süß

juana maria  
stanikoöcher  
helga+klaus

SOLIDARITÄTSKONZERT DER NATURFREUNDEJUGEND

Anläßlich ihres Kultur- und Freizeittreffens in Dortmund im November des letzten Jahres organisierte die Naturfreundejugend Deutschlands ein Solidaritätskonzert, das den kämpfenden Völkern gewidmet war. Auf jenem Konzert wurde die oben abgebildete Schallplatte aufgenommen.  
Die Platte ist für 6.- DM inklusive Porto zu bestellen bei:

Bundesjugendleitung der Naturfreundejugend Deutschlands  
**7 Stuttgart-Untertürkheim**  
Großglockner Straße 28



## Naher Osten

Die Mission des US-Außenministers Henry Kissinger, durch die Herbeiführung einer Teillösung zwischen Israel und Ägypten die Genfer Nahostkonferenz zu unterlaufen, die arabischen Beteiligten zu spalten und die PLO auszuschalten, scheiterte endgültig am 23. März d.J. Trotz einer 14-tägigen "Pendeldiplomatie" und eines mehr als großzügigen Entgegenkommens Sadats endeten die Verhandlungen nicht zuletzt deshalb erfolglos, weil Israel von Ägypten den Abschluß eines zweiseitigen Friedensvertrages verlangte, der faktisch eine Anerkennung der Okkupation arabischer Gebiete bedeutet hätte.

Die Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) vom 24. März 1974 resümiert:

"Bestärkt durch die täglichen Nachrichten aus Vietnam meint man in Washington, sowohl im Nahen Osten wie in Indochina mit dem Latein am Ende zu sein."

US-Präsident Ford sah sich gezwungen, eine "Überprüfung" der gesamten Nahost-Politik vornehmen zu lassen; ohne jedoch von der militärischen, politischen und moralischen Unterstützung Israels in irgendeiner Weise abzurücken, während den herrschenden Kreisen in Tel Aviv der "Ausweg eines neuerlichen Präventivschlags immer plausibler" erscheint (Die Welt, 24.3.1975). Umso notwendiger ist es für die arabischen Staaten, nach den Worten des syrischen Außenministers Khaddam, ihre politische und militärische Koordination wiederaufzunehmen. Ein beispielhafter Schritt auf diesem Wege ist die kürzliche Initiative des syrischen Präsidenten Assad, eine gemeinsame politisch-militärische Führung zwischen Syrien und der PLO zu bilden. Über die Form einer solchen gemeinsamen Leitung beraten gegenwärtig führende Repräsentanten Syriens und des palästinensischen Widerstandes.

Auf der Tagesordnung steht nun die Wieder einberufung der Genfer Nahostkonferenz, um unter Teilnahme aller betroffenen Seiten einschließlich der PLO in Verhandlungen über eine umfassende Lösung der Probleme im Nahen Osten einzutreten.

Grundvoraussetzungen für einen Erfolg der Friedensverhandlungen aber sind und bleiben die Einhaltung der Beschlüsse der Vereinten Nationen, der Abzug Israels aus allen seit 1967 besetzten Gebieten und die Respektierung der nationalen Rechte der Palästinenser.

## Irak/Iran

Angesichts der völlig aussichtslos gewordenen politischen und militärischen Lage von Barsanis kurdischer Rebellenarmee (Peshmerga) erklärte sich das Schah-Regime am 6. März 1975 zur Beilegung des Konfliktes mit der Regierung in Bagdad bereit.

Das am 16. März d.J. zwischen dem Irak und dem Iran abgeschlossene Abkommen sieht die seit Jahren heftig umstrittene Festlegung der irakisch-iranischen Grenze im Gebiet des Zusammenflusses von Euphrat und Tigris (Schatt el Arab) vor, wo der Grenzverlauf zugunsten Persiens in die Flußmitte verlegt wurde. Als Gegenleistung verpflichtete sich der Iran zur umgehenden Einstellung der Finanzhilfe und der Waffenlieferungen an Barsani und - sodas Abkommen -, "provokatorischen Elementen" künftig das Überschreiten der Grenze nicht mehr zu gestatten. Den Peshmerga wurde freigestellt, Bagdads Angebot einer Generalamnestie für alle kurdischen Partisanen zu nutzen - sie wurde inzwischen bis zum 30. April verlängert - oder sich im Iran einzufinden.



Während sich Mulla Mustafa Barsani Ende März in den Iran absetzte, machten Tausende seiner Gefolgsleute vom allgemeinen Amnestieangebot der Regierung Al Bakr Gebrauch. Mit der faktischen Auflösung der Peshmerga-Verbände kam es zum "Fall... einer Art antikommunistischer Bastion" (Quick, 3.4.1975).

Hatte die FAZ noch am 24. März d.J. vorausgesagt, es "stehen im Norden des Irak weitere erbitterte Kämpfe bevor", so mußte sie am 7. April vermelden:

"Ende der Kurdenkämpfe festigt die irakische Regierung.



25  
April  
1974



## Portugal- Poster

Dieses vierfarb-  
Poster ist für  
10.- DM  
erhältlich bei:

Redaktion  
e l a n  
46 Dortmund  
Brüderweg 16

Die irakische Armee hat die letzten Gebirgszufluchten der kurdischen Freiheitskämpfer an der iranischen Grenze besetzt und damit begonnen, von den Kurden angelegte Minenfelder zu beseitigen und zerstörte Straßenbrücken wiederherzustellen... Überall zog die irakische Armee kampfflos ein".

Am 7.4.1975 gestand die amerikanische Zeitschrift Newsweek ein, daß die eigentlichen Triebkräfte dieses 'Kurdenkrieges' in den USA, Israel und dem Iran beheimatet gewesen seien:

"5 Jahre lang hatte Israel die Kurden mit Waffen und Militärberatern im Rahmen einer dreiseitigen Abmachung mit den USA und dem Iran unterstützt".

## Brasilien

Die demokratische Opposition gegen das faschistische Terrorregime in Brasilien nimmt ständig zu. Diese gewachsene Stärke kommt u.a. zum Ausdruck in der ständig steigenden Zahl der Streiks, die sich 1974 gegenüber dem Vorjahr fast verdoppelte, in den großen Stimmengewinnen der Demokratischen Bewegung Brasiliens (MDB) bei den Präsidentschaftswahlen im März letzten Jahres und im massiven Protest der brasilianischen Anwaltschaft gegen die Terrormethoden des Regimes. Zum ersten Mal nach 10 Jahren Militärdiktatur prangerten zahlreiche Juristen im August 1974 öffentlich das bestehende Regime an und forderten die Rückkehr des Landes zur Demokratie.

Wesentliche Grundforderungen zur Wiedererrichtung der Demokratie in Brasilien, so nach Freilassung aller politischen Gefangenen und Verfolgten, nach Aufhebung der Pressezensur, nach Wiederherstellung der gewerkschaftlichen Autonomie und nach dem Recht zur Gründung neuer, von der Regierungskontrolle unabhängiger Parteien sind auch nach dem Regierungsantritt von Präsident Geisel bis heute nicht erfüllt. Somit kann auch die erstmals erfolgte Erwähnung von Folterungen in der brasilianischen Presse Anfang 1975 nicht als Ausdruck der schrittweisen Liberalisierung von seiten Präsident Geisels gewertet werden, wie es die Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 1.2.1975 glaubhaft zu machen versucht, sondern als Ausdruck des Erstarkens der Opposition im Land selbst.

Erst im Februar d.J. wurde die Verhaftung von 14 Mitgliedern der illegal kämpfenden Brasilianischen Kommunistischen Partei (BKP) unter der Beschuldigung bekannt, in Rio de Janeiro und Sao Paulo Druckereien betrieben zu haben.

Angesichts der neuen Welle von Terrormaßnahmen des faschistischen Regimes hat der Generalsekretär der Brasilianischen KP, Luiz Carlos Prestes, zur internationalen Solidarität mit dem Kampf der brasilianischen Patrioten aufgerufen.

## AIB- Fragebogenaktion



Der nächsten Ausgabe, der Nr. 5/1975 des Antimperialistischen Informationsbulletins also, wird ein Fragebogen beiliegen, der sich an alle Leser und Abonnenten des AIB wendet.

Kurzgesagt möchte die Redaktion anlässlich des 5jährigen Bestehens des AIB mit Hilfe seiner Leserschaft Kritik, Anregungen und neue Vorschläge zusammentragen, um auf eine Verbesserung des Bulletins in Form und Inhalt hinzuarbeiten.

Wir bitten alle Leser und Freunde, uns in diesem Anliegen zu unterstützen, indem Sie den im kommenden Heft beiliegenden Fragebogen ausfüllen und an uns zurücksenden.



# Erklärung und Aufruf zur Hilfe

## Verbrannte Erde — Flächenbombardements und Massenflucht in Südvietnam

die Schuld daran trägt ausschließlich das Saigoner Regime und jene, die dessen Politik unterstützen.

Seit der Unterzeichnung des Pariser Vietnamabkommens vor zwei Jahren, hat sich Thieu — unterstützt von der US-Diplomatie und dem Pentagon — geweigert, die in den Verträgen vorgesehenen politischen Lösungen überhaupt nur zu diskutieren. Stattdessen setzte Thieu seinen ganzen Militär- und Terrorapparat ein, um die Bestimmungen des Abkommens zu sabotieren. Seit dem Pariser Vietnamabkommen läßt Thieu Dörfer und Städte im Gebiet der Provisorischen Revolutionären Regierung Südvietnams bombardieren und durch seine Truppen angreifen. Mit massiven amerikanischen Waffenlieferungen eskalierte das Saigoner Regime den Nachkriegskrieg, der die jetzige Situation in Südvietnam heraufbeschworen hat. In seinem eigenen Machtbereich stellt Thieu die Veröffentlichung des Textes des Pariser Abkommens unter Strafe und läßt alle verhaften, die den Frieden wollen und sich seinem Terror widersetzen. Er ignoriert die Dritte Kraft — die Buddhisten und Katholiken —, er führt Massenverhaftungen durch und hält mehr als 200 000 Menschen in Kerkern und Tigerkäfigen gefangen. Korruption, Hunger und Verelendung führten im September/Oktober vergangenen Jahres in den Städten zu Aufständen, die Thieu niederknüppeln und zusammenschießen ließ.

Aber es waren amerikanische Militärs, die die Methode der „Flüchtlingserzeugung“ erfanden und praktizierten, eine Methode, die Thieu jetzt auf grausame Art vervollständigt durchführt. Verbrannte Erde und Flächenbombardements hat das Thieu-Regime in Saigon allen südvietnamesischen Bürgern angedroht, wenn sie der Aufforderung zur Massenflucht nicht Folge leisten. Dafür hat das Regime im ganzen Land „Komitees zur ordnungsgemäßen Evakuierung der Zivilbevölkerung“ gebildet, die die Lebensmittelvorräte der Dörfer und Städte abtransportieren, die Menschen mit Gewalt aus ihren Häusern holen und dann die Häuser in Brand stecken. Hilflos sind hunderttausende Menschen dem Elend, dem Hunger, dem Regen, der Heimatlosigkeit und dem Tod ausgeliefert. Thiens brutale Strategie der „Flüchtlingserzeugung“ läßt den Opfern nur die Wahl, ihre zerstörten Dörfer zu verlassen oder freiwillig zum Ziel von Flächenbombardements der Saigoner Luftwaffe zu werden.

Davor fliehen die meisten Menschen in ihrer Angst. Das Thieu-Regime, das in diesen Tagen eine ganze Reihe von Provinzen den Befreiungstreitkräften abtreten mußte, hat Übung darin, die Wahrheit bis zur Unkenntlichkeit zu manipulieren. Das gilt nicht zuletzt für das Problem der Flüchtlinge.

Die Provisorische Revolutionäre Regierung Südvietnams verurteilte die Zwangsdeportation durch das Saigoner Regime. In einer Erklärung sagte sie allen Vietnamesen, die sich der Zwangsdeportation widersetzen, Hilfe und Unterstützung zu. In dieser Erklärung wird allen Einwohnern der von Saigon aufgegebenen Gebiete zugesichert, daß sie in ihren Heimatsorten bleiben sowie frei und ungehindert ihrer Arbeit nachgehen können. Personen und Familien, die bereits von der Regierung in Saigon zwangsausgesiedelt worden seien, könnten ungehindert an ihren Wohnsitz zurückkehren.

Millionen Menschen in Hué, Da Nang, Hai An, Quang Ngai, Qui Nhon und vielen anderen Orten, die jetzt im Gebiet der PRR liegen, haben alles verloren und müssen von der PRR versorgt werden. Um diesen Millionen Obdachlosen in den Städten und den hunderttausenden Flüchtlingen auf den Straßen zu helfen, hat das Rote Kreuz der Provisorischen Revolutionären Regierung der Republik Südvietnam die Hilfsaktion Vietnam e.V. dringend ersucht, als Soforthilfe Milchpulver, Wolldecken und Antibiotika zur Verfügung zu stellen.

Angesichts des furchtbaren Elends der Menschen in Südvietnam fordert die Hilfsaktion Vietnam e.V. die Bundesregierung auf, die Soforthilfemaßnahmen der Hilfsaktion Vietnam großzügig zu unterstützen; sie bittet die Kirchen ebenfalls um finanzielle Unterstützung. Sie appelliert in dieser Situation erneut an die Menschen in der Bundesrepublik, an Organisationen, Gewerkschaften und Kirchengemeinden durch Sofortspenden die schnelle Beschaffung großer Mengen Milchpulver, Wolldecken und Antibiotika zu ermöglichen. Diese lebenswichtigen Güter werden sicher und auf dem schnellsten Wege nach Vietnam gebracht. Wir wollen den Menschen in Vietnam helfen gegen Hunger, Kälte und Krankheit und können aufgrund unserer langjährigen Zusammenarbeit mit dem Roten Kreuz der Provisorischen Revolutionären Regierung versichern, daß alle Hilfsgüter direkt den Betroffenen zugute kommen.

Wir appellieren an Alle:

Spenden Sie auf das Konto der Hilfsaktion Vietnam e.V., Düsseldorf, Postscheckkonto Essen 900 40 - 430.

Düsseldorf, Anfang April 1975

für den Vorstand der Hilfsaktion Vietnam e.V.

Prof. Dr. Walter Fabian  
Oberkirchenrat Dr. Heinz Kloppenburg  
Sybille Weber